



31a V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 4

April 1971

Grafik des Monats: 10 Jahre Wohnungsbau

- Aufsätze: Geburtenrückgang (Mische)
 Lohnsteuer 1968
 Nord-Ostsee-Kanal
 Binnenschifffahrt 1968

Kurzbericht: Vermögensmillionäre 1969

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1969/70	1970/71	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹		
INDUSTRIE²				
Produktionsindex	1962 = 100	160	167	+ 4
Beschäftigte	1 000	189	193	+ 2
Umsatz ³	Mill. DM	1 063	1 125	+ 6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	25	+ 4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,4	8,5	+ 15
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 394	2 012	- 16
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	188,2	177,0	- 6
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	158,9	165,0	+ 4
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 335	7 065	+ 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	107,0	106,8	- 0
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	103,9	103,7	- 0
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	103,9	109,2	+ 5
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	107,2	97,2	- 9
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	120,4	124,9	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114,6	117,1	+ 2
GELD UND KREDIT				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	2 890	3 345	+ 16
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	11 529	12 666	+ 10
Spareinlagen	Mill. DM	5 114	5 552	+ 9
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	74	83	+ 11
Landessteuern ⁹	Mill. DM	138	175	+ 26
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	54	45	- 18
Lohnsteuer ¹⁰	Mill. DM	94	129	+ 37

1) bei "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer 9) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern, ab 1970 auch an den Umsatzsteuern und Zerlegungsanteil an der Lohn- und Körperschaftsteuer 10) ab Dezember 1970 einschließlich Zerlegungsanteil

INHALT 4/71

	Seite
Aktuelle Auslese	69
Aus dem Inhalt	70
Aufsätze	
Geburtenrückgang und schwindender Geburtenüberschuß auch in Schleswig- Holstein	71—73
Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1968	73—82
Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal in den Jahren 1969 und 1970	82—86
Die Binnenschifffahrt im Jahre 1968	86—91
Kurzbericht	
Über 500 Vermögensmillionäre in Schleswig-Holstein	91—92
Grafik des Monats	80—81
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1970

Maschinen in der Landwirtschaft
Tiefbau im öffentlichen Auftrag
Diagnosen in Krankenhäusern

Heft 11/12/1970

Landtagswahlkreise 1971
Verdienststruktur im öffentlichen Dienst 1968
Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 2)
Bausparen 1962—1969
Baulandpreise 1969

Heft 1/1971

Gewerbsteuer 1966 (Teil 1)
Erwerbstätige 1970
Ausländer 1970
Baulandumsatz 1962—1969

Heft 2/1971

Betriebsgrößen Landwirtschaft
Getreide- und Ölfruchternte 1970
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen
Wohngeld 1969 und 1970
Industrie 1970
Versorgungsempfänger

Heft 3/1971

Urlaub in Schleswig-Holstein
Unfälle mit Todesfolge
Handelsdünger
Investitionen Handwerk 1967
Gemeindefinanzreform 1970



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 4

April 1971

Aktuelle Auslese



Langfristig erhebliche Strukturveränderungen in der Bevölkerung

Die große Nachfrage nach vorausgeschätzten Bevölkerungszahlen und der erhebliche Geburtenrückgang haben es erforderlich gemacht, noch vor dem Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1970 eine neue Bevölkerungsvorausschätzung auf der Basis 1. 1. 1970 durchzuführen. Die Ergebnisse zeigen, daß es in den nächsten beiden Jahrzehnten erhebliche Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung Schleswig-Holsteins geben wird. Langfristig gesehen wird der Anteil der Kinder und der alten Leute an der Gesamtbevölkerung abnehmen, der Anteil der Einwohner im erwerbsfähigen Alter wird zunehmen. Zu erwähnen ist ferner, daß die Altersstruktur der männlichen und der weiblichen Bevölkerung recht unterschiedlich aussehen wird.

	Altersgruppen			
	alle	davon		
		unter 15jährige	15- bis unter 65jährige	65 und mehr Jahre alt
- in % -				
Insgesamt				
1970	100	23,4	62,3	14,3
1980	100	22,0	62,4	15,6
1990	100	21,3	65,4	13,3
darunter				
männlich	100	22,2	68,3	9,5
weiblich	100	20,4	62,7	17,0



Steueraufkommen in Schleswig-Holstein weiterhin unterdurchschnittlich

Im Jahre 1970 sind in Schleswig-Holstein 4,1 Mrd. DM an Landes- und Bundessteuern aufgekomen. Das entspricht einem Betrag von 1 603 DM

je Einwohner. Im Bundesdurchschnitt sind es 2 296 DM gewesen. Damit liegt Schleswig-Holstein um drei Zehntel unter dem Bundesdurchschnitt und weiterhin an drittletzter Stelle unter den Bundesländern vor Niedersachsen und dem Saarland.

	Einnahmen des Landes		Insgesamt
	Bundes		
	DM je Einwohner in % des Bundesdurchschnitts		
Schleswig-Holstein	89	70	70
Hamburg	158	461	356
Niedersachsen	89	63	69
Bremen	113	258	206
Nordrhein-Westfalen	104	95	101
Hessen	108	98	104
Rheinland-Pfalz	88	71	75
Baden-Württemberg	106	96	101
Bayern	95	76	82
Saarland	88	63	69
Berlin (West)	76	147	114



Über 1,2 Mrd. DM Industrieumsatz im März 1971

Die Umsatzleistung der schleswig-holsteinischen Industrie ist im März 1971 sprunghaft gestiegen. Sie lag um 184 Mill. DM oder 17 % höher als im Vormonat. Gegenüber März 1970 belief sich die Zuwachsrate sogar auf 23 %. Mit diesem Ergebnis wurden alle Monatsumsätze des vergangenen Jahres übertroffen. An der kräftigen Umsatzsteigerung haben Saisonindustrien (z. B. die Süßwarenbranche) und auch der Schiffbau beträchtliche Anteile gehabt.

Im ersten Vierteljahr 1971 wurden mit 3,3 Mrd. DM um rund eine halbe Milliarde DM höhere Industrieumsätze gemeldet als im vergleichbaren Zeitraum 1970.

Aus dem Inhalt

Geburtenrückgang

Seite 71

Seit 1967 geht die Zahl der Lebendgeborenen zurück. Der Wert je 1 000 Einwohner sank von 18,2 auf 13,7 für 1970. Dieselbe Entwicklung gilt für das Bundesgebiet, das dem Lande auf diesem Weg etwas vorauseilte. Die Zahl der Gestorbenen ist in den gleichen Jahren stetig gestiegen, so daß der Geborenenüberschuß bis 1970 auf 2 200 oder 0,8 je 1 000 Einwohner sank. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer fiel von 94 auf 72, auch die altersspezifische Fruchtbarkeit ging gerade in den fruchtbarsten Jahrgängen der 20- bis 30jährigen stark zurück. Zur Zeit werden weniger Kinder geboren als zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes nötig sind, nämlich nur etwa neun Zehntel des Erhaltungsminimums. Der Geburtenrückgang konzentriert sich auf die jüngeren Ehen und betrifft – in dieser Folge steigend – erste, zweite, dritte und weitere Kinder einer Ehe. Die Auswirkungen der sich wandelnden Reproduktionsverhältnisse betreffen natürlich auch die Bevölkerungsprognosen.

Lohnsteuer 1968

Seite 73

Für 1968 wurden fast eine Million Lohnsteuerkarten ausgewertet. Sie ergaben eine Summe der Bruttoeinkünfte von 8,64 Milliarden DM, das sind 9 600 DM Bruttolohn je Lohnsteuerfall. In diesem Durchschnitt sind auch die niedrigen Einkünfte aller nicht normal voll Verdienenden enthalten. Für die ganzjährig beschäftigten Männer der Steuerklassen I, II und III betrug der Durchschnitts-Bruttolohn schon 12 500 DM. Gegenüber der letzten gleichartigen Erhebung, 1965, hat die Zahl der Fälle um 3 % abgenommen, der Bruttolohn je Fall wuchs um 18 % und die Lohnsteuer ist sogar – infolge der Progression des Tarifs – um 29 % gestiegen. Der Rückgang in der Zahl der Lohnsteuerfälle beschränkt sich, in der Gliederung nach Bruttolohngruppen, auf die untersten Klassen bis zu 9 600 DM. Die Zunahme des Bruttolohns dagegen ist nur in den Klassen oberhalb 9 600 DM zu beobachten. Erstmals für 1968 wurde die Statistik auch für die Erhebungseinheit "Lohnsteuerpflichtige" aufbereitet, worunter im Falle von Ehepaaren, die beiderseits Einkünfte aus unselbständiger Arbeit hatten, eben das Paar als Einheit zu verstehen ist. Die Anzahl aller Lohnsteuerpflichtigen ist mit 770 000 um 130 000 niedriger als die der Fälle. In den unteren Bruttolohngruppen bis zu 16 000 DM ist die Zahl der Fälle höher, darüber die der Lohnsteuerpflichtigen. Von den nach Steuerklasse I, II und III Besteuernten waren ein Drittel Frauen und zwei Drittel Männer. 39 % aller Steuerpflichtigen waren in Klasse III, 30 % in Klasse I, 13 % in Klasse II, der Rest in den Ehegatten-Klassen III/V und IV/IV (10 % und 8 %) eingestuft. Die Gesamtzahl der berücksichtigten Kinder war mit 553 000 um 5 % geringer als 1965. Die Lohnsteuer wurde von 77 % der Steuerpflichtigen aufgebracht, ihr Aufkommen stieg doppelt so stark wie der Bruttolohn.

Nord-Ostsee-Kanal

Seite 82

In der Folge des Zweiten Weltkrieges ist die Verkehrsbedeutung des NOK für die Ostseestaaten zurückgegangen. Dennoch wird noch etwa die Hälfte des externen Ostseeverkehrs durch den Kanal befördert. Der Handel innerhalb der COMECON-Staaten nimmt im Außenhandel dieser Staaten eine beherrschende Stelle ein, er wickelt sich aber vorwiegend auf dem Landwege ab. Eine andere Beeinträchtigung des Kanalverkehrs ergab sich aus dem Vordringen größerer Schiffe, besonders in der Massengutfracht, die den Kanal nicht mehr passieren können. Auch die steigenden Schiffsgeschwindigkeiten verringerten den Kostenvorteil der Kanalroute. 1970 verkehrten 75 000 Schiffe auf dem NOK mit 82 000 BRT und einer Gesamtladung von 58 000 t. Gegenüber 1969 ist die Schiffszahl gesunken, die Tonnage und Ladung jedoch gestiegen. Dieser Zuwachs ist nur dem Durchgangsverkehr zu verdanken, der Teilstreckenverkehr ging infolge der wachsenden Bedeutung Brunsbüttels in allen Punkten zurück. Größenklasse nach BRT, Stückgut-, Container- und Massengutverkehr, Transit- und Teilstreckenverkehr, dominierende Flaggen und Güter werden in ihren Relationen dargestellt.

Binnenschifffahrt 1968

Seite 86

Der Güterumschlag erreichte 1968 die Höhe von 7,6 Mill. t, wovon etwa drei Fünftel auf den Versand, zwei Fünftel auf den Empfang entfallen. Der Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet, darunter stark vorherrschend Hamburg, ist dabei gegenüber der DDR und dem Ausland von vorrangiger Bedeutung. Diese starke Ausrichtung bedeutet auch erhöhte Abhängigkeit des Verkehrsvolumens von der manchmal durch eine Gütergruppe beherrschten Beziehung eines Verkehrsbezirks mit einem Partner, so etwa beim Bezirk Lübeck, dessen Gesamtversand wesentlich von dem Versand von Steinen und Erden nach Hamburg bestimmt ist und mit diesem steigt und fällt. Einigermaßen differenziert nach Gütern ist der Binnenschiffsverkehr des Bezirks Nordsee/Untere Elbe. Für jeden der vier schleswig-holsteinischen Verkehrsbezirke wird die Verflechtung mit den übrigen sowie den nennenswert beteiligten anderen Bundesländern mit den hauptsächlich beförderten Gütern und für die Jahre 1965 bis 1968 dargelegt. Das Verhältnis von Versand zu Empfang ist mit 3 : 2 für alle Häfen des Landes nicht ungünstig. In den einzelnen Häfen bestehen allerdings manchmal krasse Mißverhältnisse.

Vermögensmillionäre 1969

Seite 91

Nach einem vorläufigen Ergebnis der Vermögensteuerstatistik gab es am 1. 1. 1969 in Schleswig-Holstein 522 Personen, deren Gesamtvermögen 1 Million DM oder mehr betrug; das sind 110 oder gut ein Viertel mehr als drei Jahre zuvor. Das Rohvermögen der Millionäre nahm zugleich um 35 % auf 1,7 Milliarden DM zu, ihre Schulden und sonstigen Abzüge gingen im Anteil leicht zurück. Unter den vier Vermögensarten dominiert mit 51 % das "sonstige Vermögen" (Kapitalanteile, Wertpapiere) vor dem Betriebsvermögen (43 %).

Geburtenrückgang und schwindender Geburtenüberschuß auch in Schleswig-Holstein

Gegenwärtig wird die Öffentlichkeit mit mehr oder weniger dramatisch formulierten Darstellungen konfrontiert, die den in den letzten Jahren zu verzeichnenden Rückgang der Zahl der Geburten zum Inhalt haben.

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein hat bereits in der Augustausgabe 1969 seiner Monatshefte auf dieses Phänomen hingewiesen. Im Aufsatz "Warum ändern sich Geburtenzahlen?" wurde der seit 1967 zu verzeichnende Rückgang der absoluten und relativen Geburtenzahlen dargestellt. Es konnte damals festgestellt werden, daß dieser Rückgang nicht allein auf Verschiebungen im Altersaufbau der Frauen zurückzuführen war. So wurde schon damals ausgesprochen, daß "die Eheleute weniger Kinder wollten".

Inzwischen liegen die statistischen Unterlagen für die Jahre 1969 und 1970 vor. Diese zeigen eindeutig, daß sich der Geburtenrückgang sowohl in der gesamten Bundesrepublik wie auch in Schleswig-Holstein fortgesetzt und beschleunigt hat.

wohnerzahl von 2 566 000) absolut höchsten Geburtenzahl gewesen.

Die Bundeszahlen zeigen ein ähnliches Bild. Im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes setzte der Geburtenrückgang etwas eher als in Schleswig-Holstein ein. Während Schleswig-Holstein 1966 noch eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um fast 3% aufweisen konnte, nahm die Geborenenzahl des Bundes im Jahre 1966 nur noch um 0,6% zu. Inzwischen hat sich die rückläufige Entwicklung in Schleswig-Holstein voll durchgesetzt, die jährlichen Rückgänge übersteigen jetzt sogar die im Bundesgebiet. Der Geburtenrückgang seit 1966 liegt nunmehr auch im Bund mit 21,6% in der gleichen Größenordnung wie in Schleswig-Holstein.

In der gleichen Zeit ist die absolute Zahl der Gestorbenen gestiegen; auf 1 000 Einwohner bezogen verharret sie in Schleswig-Holstein seit 1968 auf dem relativ hohen Niveau von 12,8.

Lebendgeborene

Jahr	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Veränderung der Anzahl gegenüber Vorjahr in %
Schleswig-Holstein			
1966	45 930	18,7	+ 2,7
1967	45 351	18,2	- 1,3
1968	43 833	17,4	- 3,4
1969	40 381	15,9	- 7,9
1970 ^a	35 157	13,7	- 12,9
Bund			
1966	1 050 345	17,6	+ 0,6
1967	1 019 459	17,0	- 2,9
1968	969 825	16,1	- 4,9
1969	903 456	14,8	- 6,8
1970 ^a	819 027	13,4	- 9,3

Gestorbene

Jahr	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Veränderung der Anzahl gegenüber Vorjahr in %
Schleswig-Holstein			
1966	29 811	12,1	- 0,4
1967	29 556	11,9	- 0,9
1968	32 159	12,8	+ 8,8
1969	32 468	12,8	+ 1,0
1970	32 984	12,8	+ 1,6
Bund			
1966	686 321	11,5	+ 1,3
1967	687 349	11,5	+ 0,1
1968	734 048	12,2	+ 6,8
1969	744 360	12,2	+ 1,4
1970	754 312	12,3	+ 1,3

a) vorläufiges Ergebnis

Die Zahlen der vorstehenden Tabelle sowie die sich mit wachsendem Abstand nach innen bewegende Spirale der zweiten grafischen Darstellung zeigen für Schleswig-Holstein ganz deutlich, wie sich der Rückgang der Zahl der Lebendgeborenen, 1967/68 langsam beginnend, rasch beschleunigte. 1970 wurden gegenüber dem Vorjahr in Schleswig-Holstein 13% weniger Kinder geboren. Im Vergleich zum Jahr 1966, sank die Zahl der Lebendgeborenen um 23,5%. 1966 ist das Jahr der seit 1946 (damals 17,9 Geburten auf 1 000 Einwohner, 45 973 Geburten bei einer Ein-

Der Geburtenüberschuß ist infolge dieser beiden Bewegungen von 16 100 im Jahre 1966 ständig gesunken. Er hat nunmehr im Jahre 1970 eine Höhe von 2 200, also nur etwas mehr als ein Achtel des 1966er Wertes, erreicht.

Weitere Aufschlüsse über den Geburtenrückgang geben die allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern (Lebendgeborene je 1 000 15- bis 44jährige Frauen) und die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (Lebendgeborene je 1 000 Frauen eines bestimmten Alters). Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer zeigt einen deutlichen Rückgang; außerdem fällt zur Zeit der

Geburtenüberschuß

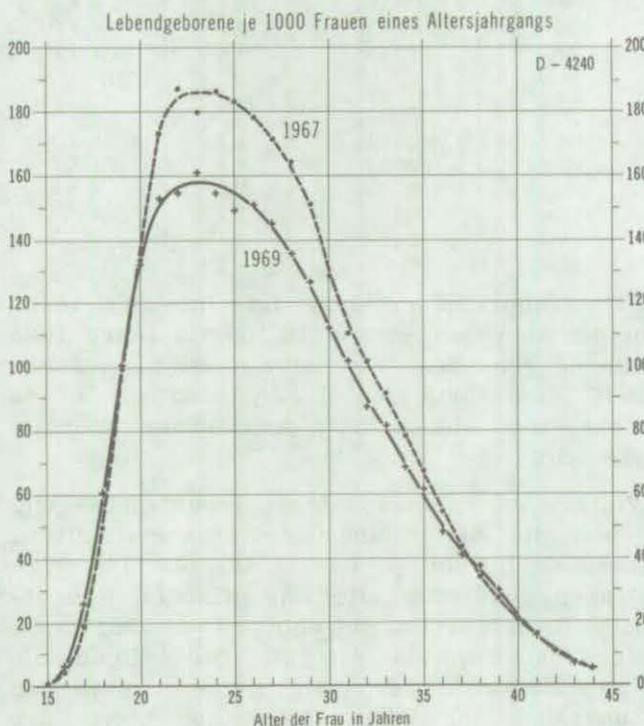
Jahr	mehr geboren als gestorben	je 1 000 Einwohner
Schleswig-Holstein		
1966	16 119	6,6
1967	15 795	6,3
1968	11 674	4,6
1969	7 913	3,1
1970	2 173	0,8
Bund		
1966	364 024	6,1
1967	332 110	5,5
1968	235 777	3,9
1969	159 096	2,6
1970	64 715	1,1

Anteil der 15- bis 44jährigen Frauen an der Bevölkerung.

1967	93,6	} Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 - 44 Jahren
1968	90,3	
1969	82,6	
1970	s. 72	

Das erste Bild zeigt die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Jahre 1967 und 1969. Der Vergleich zeigt deutlich, daß die Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Frauen für das Alter von 20 Jahren bis in die zweite Hälfte des 3. Lebensjahrzehnts hinein von 1967 bis 1969 gesunken ist. Am stärksten gingen die Fruchtbarkeitsziffern gerade für die Altersjahre zurück, in denen die meisten Kinder geboren werden, also etwa zwischen dem 20. und dem 30. Lebensjahr einer Frau.

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern



Karl Schwarz hat in seiner Arbeit "Bedeutung des Geburtenrückgangs für die Bestandserhaltung der Bevölkerung und die Zahl der Kinder in den Ehen"¹ die Auswirkungen der Veränderungen des generativen Verhaltens der Bevölkerung eingehend untersucht und an Hand statistisch-mathematischer Modellrechnungen unter verschiedenen Aspekten dargestellt. Diejenigen, die an der Beweisführung und an den detaillierten Ergebnissen interessiert sind, werden auf diese Arbeit verwiesen. Hier sollen nur die wichtigsten Ergebnisse erwähnt werden, die mit ihren allgemeinen Feststellungen und Tendenzen auch für Schleswig-Holstein gelten:

1. Die Geburtenhäufigkeit des Jahres 1970 liegt unter dem Bestandserhaltungsminimum der Bundesbevölkerung.

Bei den gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnissen und bei der gegenwärtigen Quote der Eheschließungen sind mindestens 218 lebendgeborene Kinder je 100 Ehen erforderlich, um den Bevölkerungsbestand zu erhalten. Die Berechnungen für 1970 ergaben jedoch einen Schätzwert von etwa 200 Kindern je 100 Ehen, so daß das errechnete Minimum unterschritten wird.

2. Der Geburtenrückgang konzentriert sich auf die jüngeren Ehen. Z. B. wurden 1966 in 1 000 Ehen, die damals zwei Jahre bestanden, 257 Kinder geboren, 1969 wurden in zweijährigen Ehen nur noch 216 Kinder geboren.

Dagegen blieb trotz zunehmender Verbreitung empfängnisverhütender Mittel der Anteil der Ehen, wo noch im Kalenderjahr der Eheschließung ein Kind kam, konstant. 1966 wie auch 1969 wurden auf 1 000 Ehen rund 200 Kinder noch im Jahr der Eheschließung geboren.

3. Es werden nicht nur dritte und vierte Kinder seltener geboren, es werden auch weniger erste und zweite Kinder geboren.

Nach den vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Modellrechnungen ergibt sich, ausgehend von den Fortpflanzungsverhältnissen der Jahre 1966 und 1969, folgendes:

Die Wahrscheinlichkeit, daß in 1 000 Ehen

- mit 0 Kindern ein 1. Kind geboren wird, sinkt um 2 %
- " 1 Kind " 2. " " " " " " 5 %
- " 2 Kindern " 3. " " " " " " 13 %
- " 3 " " 4. " " " " " " 20 %

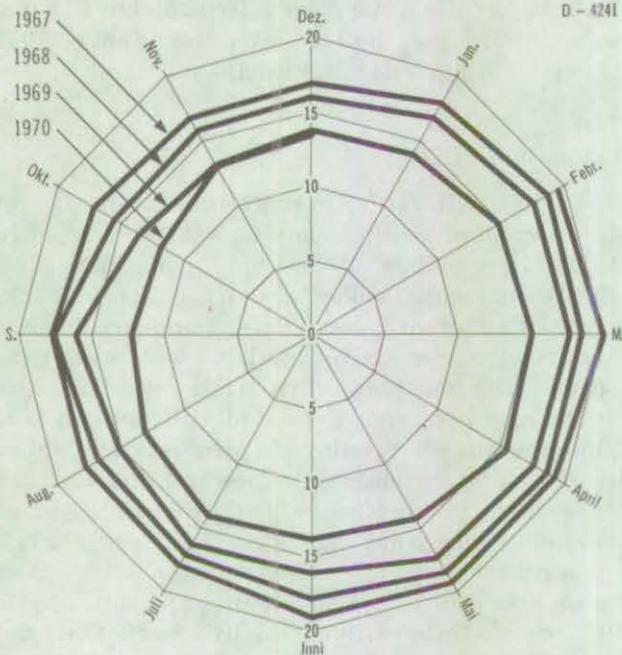
Mit diesen Darstellungen über eine wichtige sehr aktuelle demographische Entwicklung

1) Wirtschaft und Statistik 1/1971, S. 14 ff.

Der Rückgang der Geburtenziffer von 1967 bis 1970

Lebendgeborene je 1000 Einwohner

D - 4241



soll nicht in die zum Teil recht kontroversen publizistischen Auseinandersetzungen eingegriffen werden, sondern es sollen lediglich einige der amtlichen statistischen Unterlagen vorgewiesen werden.

Die Tatsache des Geburtenrückgangs der letzten Jahre wird selbstverständlich zu anderen Bevölkerungsprognosen führen als noch vor etwa 5 - 10 Jahren. Die damaligen

Prognosen stützten sich auf die Beobachtung, daß die Geburtenziffern stiegen, und führten zu der Erfahrung, daß auch sehr optimistische Ansätze immer wieder von der späteren Wirklichkeit übertroffen wurden.

Vor voreiligen Entschlüssen und Korrekturen von heutigen Plänen muß allerdings gewarnt werden. Der Geburtenrückgang wird sich für sehr viele Maßnahmen und Planungen erst in späteren Jahren auswirken - und dann vielleicht schon durch andere Tendenzen überdeckt werden. Z. B. wäre es abwegig, heute schon die Planungen für weiterführende Schulen oder gar für Universitäten im Sinne sinkender Nachfrage zu korrigieren. Bis zu dem Zeitpunkt, da die heute geborenen Kinder diese Institutionen besuchen werden, werden sich auch die übrigen für den Bedarf relevanten Daten weitgehend geändert haben.

Im übrigen ist das menschliche Verhalten auch mit den besten und ausgefeiltesten statistischen Methoden nicht vorzuberechnen. Trotzdem sollte man sich mit den Konsequenzen einer auf ein niedrigeres Niveau reduzierten Geburtenziffer befassen und seine vielfältigen Auswirkungen für die weiteren Entwicklungen durchdenken.

Das Statistische Landesamt hat eine neue Bevölkerungsvorausschätzung auf der Basis des 1. 1. 1970 durchgeführt. Diese Berechnung geht von einem neuen Ansatz für die Geburtenentwicklung aus, der den sich abzeichnenden Gegebenheiten besser entspricht. Die Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht werden.

Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1968

Die Lohnsteuerstatistik 1968 ist die sechste Erhebung ihrer Art im Bundesgebiet nach Ende des 2. Weltkrieges. Aufgrund des Gesetzes über Steuerstatistiken¹ wird sie seit 1965 regelmäßig alle drei Jahre durchgeführt. Mit der Statistik des Jahres 1968 ist erstmals gegenüber den vorangegangenen Zählungen das Erhebungsmerkmal "Steuerpflichtiger" begrifflich wesentlich geändert worden. Der entscheidende Unterschied gegenüber früher liegt in der Behandlung der Ehegatten, die beiderseits Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit haben. Sie werden ab 1968 nicht mehr getrennt als zwei Steuerpflichtige ausgewiesen, sondern nur noch, mit zusammengefaßten Bruttolöhnen, als ein

1) vom 6. 12. 1966 (BGBl. I, S. 665)

Steuerpflichtiger. Für die übrigen von der Statistik erfaßten lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer bleibt es bei der gewohnten Erhebungseinheit, das heißt, ein Steuerpflichtiger ist stets auch nur eine Person. Die Neuregelung ist dem in der Einkommensteuer üblichen Verfahren der Zusammenveranlagung von Ehegatten angeglichen und erlaubt einen direkten Vergleich zwischen den Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Ein Teil der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik von 1968 ist auch nach der alten begrifflichen Definition (Individualnachweis der Lohnsteuerpflichtigen) aufbereitet worden. Hierdurch soll ein Vergleich mit vorangegangenen Zählungen ermöglicht werden. Damit Zweifel über die Erhebungseinheit

vermieden werden, soll im folgenden bei der Darstellung des Individualnachweises von "Lohnsteuerfällen" gesprochen werden, während der Begriff "Lohnsteuerpflichtiger" in Zukunft der neu abgegrenzten Erhebungseinheit vorbehalten bleibt.

Überblick

Die aus den Lohnsteuerkarten der in Schleswig-Holstein wohnenden Arbeitnehmer aufbereitete Statistik ergab für die etwa 900 500 erfaßten Lohnsteuerfälle des Jahres 1968 Bruttoeinkünfte in Höhe von 8,64 Milliarden DM. Gegenüber 1965 entspricht dies einer Abnahme der erfaßten Lohnsteuerfälle um 3%. Damit hat sich erstmals seit 1955 die Zahl der Fälle wieder vermindert. Der Bruttolohn dagegen stieg merklich um 15% an; er erreichte aber bei weitem nicht die Zuwachsrate von 1961 auf 1965. Damals hatten sich die Bruttoeinkünfte aus unselbständiger Arbeit um 48% erhöht. Der Bruttolohn je Lohnsteuerfall erreichte im Jahre 1968 genau 9 600 DM. In diesem Durchschnittswert sind auch die größtenteils sehr niedrigen lohnsteuerpflichtigen Einkünfte der Teilbeschäftigten, der nichtganzzährig Beschäftigten, der Lehrlinge sowie der Empfänger von Betriebsrenten und Deputaten und ähnliche Fälle einbezogen, wodurch der Bruttolohn je Steuerfall erheblich herabgedrückt wird. Unter den ganzzährig beschäftigten Männern, die nach den Klassen I, II oder III (ohne V) besteuert wurden, betrug zum Beispiel der durchschnittliche Bruttolohn 12 470 DM, und die Ehegatten mit beiderseits Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit erzielten sogar einen zusammengerechneten durchschnittlichen Bruttolohn von 17 762 DM, wenn mindestens der Ehemann ganzzährig beschäftigt war.

Infolge der Progression des Steuertarifs waren naturgemäß die Veränderungsdaten bei der Lohnsteuer gegenüber 1965 am größten. Das Lohnsteueraufkommen erhöhte sich jeweils

Lohnsteuerfälle, Bruttoeinkünfte und Lohnsteuer 1961, 1965 und 1968

	1961	1965	1968
Lohnsteuerfälle in 1 000	861	924	900
Bruttoeinkünfte insgesamt in Mill. DM	5 096	7 542	8 645
Bruttoeinkünfte je Lohnsteuerfall in DM	5 920	8 164	9 600
Lohnsteuer insgesamt in Mill. DM	333	574	739
Lohnsteuer in % des Bruttoeinkünfte	6,5	7,6	8,6
Veränderungsdaten in %			
	1961	1965	1968
	gegenüber		
	1957	1961	1965
Lohnsteuerfälle	+ 11	+ 7	- 3
Bruttoeinkünfte insgesamt	+ 55	+ 48	+ 15
Bruttoeinkünfte je Lohnsteuerfall	+ 40	+ 38	+ 18
Lohnsteuer insgesamt	+ 123	+ 73	+ 29

nach Abzug der im Lohnsteuerjahresausgleich erstatteten oder verrechneten Lohnsteuer von 574 auf 739 Mill. DM, was einer Zunahme um 29% entspricht. Die durchschnittliche steuerliche Belastung des Bruttoeinkünfte nahm weiter zu. Sie belief sich im Jahre 1968 bereits auf 8,6% der Bruttoeinkünfte.

Lohnsteuerfälle

Das augenfälligste Ergebnis der Statistik ist die Abnahme der Lohnsteuerfälle um etwa 23 000 gegenüber 1965. Sie geht zum Teil auf besteuertechnische Ursachen zurück, daneben dürften aber unter anderem auch Änderungen im Altersaufbau der erwerbstätigen Bevölkerung eine Rolle spielen. Die Veranlagungen von Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Dies führte bei den Veranlagungsarbeiten in den Finanzämtern zu Terminverzögerungen. Ein Teil der Lohnsteuerkarten ging infolgedessen verspätet beim Statistischen Landesamt ein und konnte bei der Aufbereitung nicht berücksichtigt werden. Es ist daher womöglich mit einer wenn auch geringfügig schlechteren Erfassungsquote zu rechnen als bei vorangegangenen Lohnsteuerstatistiken.

Ein Blick auf die nachfolgende Tabelle in der Gliederung nach Bruttoeinkünftegruppen zeigt zunächst, daß sich der Rückgang ausschließlich auf Fälle mit niedrigen Bruttoeinkünften bis zu 9 600 DM im Jahr beschränkt. Die darüberliegenden Bruttoeinkünftegruppen sind demgegenüber ausnahmslos stärker besetzt als 1965. Entsprechendes gilt auch für die Veränderungsdaten der Bruttoeinkünfte, sie sind in den einzelnen Gruppen der prozentualen Veränderung der Lohnsteuerfälle sehr ähnlich. Offenbar ist ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen und Gehältern im Zuge der allgemeinen Lohnentwicklung in höhere Bruttoeinkünftegruppen aufgerückt, ohne daß dies durch einen entsprechenden Zugang neuer Lohnsteuerfälle in unteren Bruttoeinkünftegruppen ausgeglichen worden ist. Dies trifft insbesondere für die Bruttoeinkünftegruppen zwischen den Schwellenwerten 4 800 DM und 9 600 DM zu. Daneben dürften neue Steuerfälle immer häufiger gleich in höhere Lohngruppen eingeschleust worden sein.

Bei den Lohnsteuerfällen der beiden untersten Bruttoeinkünftegruppen handelt es sich fast ausschließlich um nichtganzzährig Beschäftigte, Lehrlinge und andere Personen, die ihren Lebensunterhalt neben ihren Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit auch noch aus anderen Quellen bestreiten. Dieser Personenkreis ist ständig einer sehr starken Fluktuation unterworfen, und auf ihn entfällt offenbar der

Lohnsteuerfälle und Bruttolohn nach Bruttolohngruppen 1965 und 1968

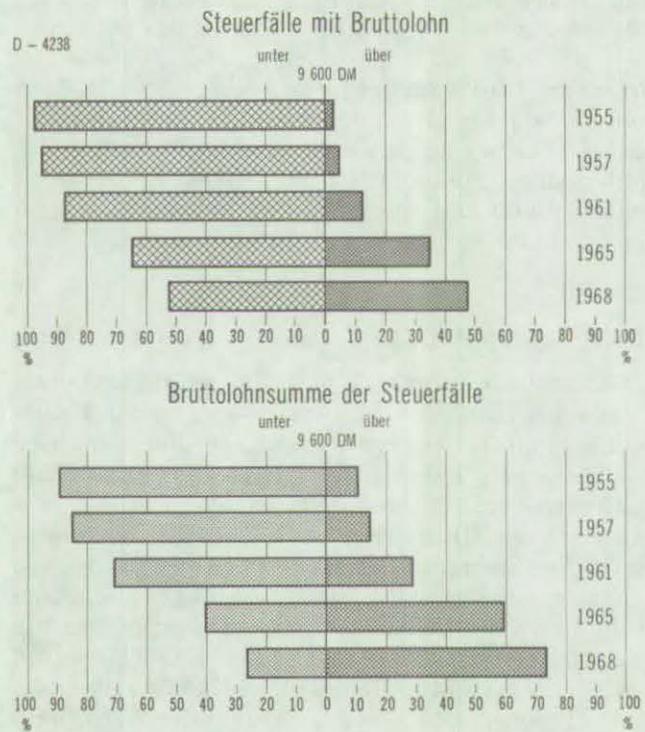
Bruttolohngruppe in 1 000 DM	Lohnsteuerfälle				Zu- oder Abnahme der Lohnsteuer- fälle in %	Bruttolohn in Mill. DM				Zu- oder Abnahme des Brutto- lohnes in %
	1965	%	1968	%		1965	%	1968	%	
unter 2,4	149 050	16,1	132 904	14,8	- 11	173,6	2,3	159,9	1,9	- 8
2,4 - 4,8	116 584	12,6	95 035	10,6	- 18	421,7	5,6	343,0	4,0	- 19
4,8 - 7,2	149 063	16,1	104 771	11,6	- 30	898,9	11,9	639,8	7,4	- 29
7,2 - 9,6	183 060	19,8	137 595	15,3	- 25	1 543,5	20,5	1 158,1	13,4	- 25
9,6 - 12	154 355	16,7	157 968	17,5	+ 2	1 653,4	21,9	1 705,8	19,7	+ 3
12 - 16	110 356	11,9	164 499	18,3	+ 49	1 494,7	19,8	2 261,0	26,2	+ 51
16 - 20	33 391	3,6	58 991	6,6	+ 77	589,3	7,8	1 041,3	12,0	+ 77
20 - 25	16 510	1,8	27 820	3,1	+ 69	365,0	4,8	614,5	7,1	+ 68
25 - 36	8 653	0,9	15 959	1,8	+ 84	246,7	3,3	459,4	5,3	+ 86
36 - 50	1 832	0,2	3 307	0,4	+ 81	75,9	1,0	136,2	1,6	+ 80
50 - 75	703	0,1	1 162	0,1	+ 65	41,2	0,5	68,4	0,8	+ 66
75 - 100	152	0,0	247	0,0	+ 63	12,9	0,2	20,8	0,2	+ 61
100 und mehr	152	0,0	207	0,0	+ 36	25,2	0,3	36,3	0,4	+ 44
Insgesamt	923 861	100	900 465	100	- 3	7 542,1	100	8 644,7	100	+ 15

größte Anteil des Rückgangs um die vorgenannte Zahl von 23 000 Lohnsteuerfällen. Die weitere Vereinfachung des Pauschbesteuerungsverfahrens für kurzfristig oder in geringem Umfang und gegen geringes Entgelt beschäftigte Arbeitnehmer² dürfte auf diese Entwicklung nicht ohne Einfluß gewesen sein. Im Falle der Pauschbesteuerung entfällt für den Arbeitnehmer die Pflicht, sich eine Lohnsteuerkarte ausstellen zu lassen und diese dem Arbeitgeber vorzulegen. Damit kann er auch in der Lohnsteuerstatistik nicht mehr erfaßt werden. Die Arbeitgeber dürfen das vereinfachte Besteuerungsverfahren unter anderem seit Juli 1966 ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Finanzamtes anwenden. - Wegen der verstärkten Pauschbesteuerung, der häufigen Veranlagungen zur Einkommensteuer und des nicht immer termingerechten Eingangs der Karten kann aus dem Ergebnis der Lohnsteuerstatistik nicht auf die tatsächliche Veränderung der Beschäftigtenlage geschlossen werden. Das gilt insbesondere für die Teilbeschäftigten sowie für die nichtganzjährig Beschäftigten. Es läßt sich auch nicht nachweisen, inwieweit sich die konjunkturbedingte Rezessionsphase der Jahre 1966/67 in dem Ergebnis der Lohnsteuerstatistik 1968 noch auswirkt.

Das Bild verdeutlicht die beträchtlichen Verschiebungen in der Schichtung der Lohnsteuerfälle nach der Höhe ihres Bruttolohnes seit 1955 und die Entwicklung der Bruttolöhne. Es wird hierbei von einem mittleren Vergleichswert von 9 600 DM ausgegangen. Im Jahre 1955 bezogen noch 97% aller Arbeitnehmer einen jährlichen Bruttolohn, der unter 9 600 DM lag. Ihr Anteil verringerte sich

2) vergleiche hierzu Abschnitt 52c der Lohnsteuerrichtlinien 1968

Der Anstieg des Lohnniveaus von 1955 bis 1968



bis 1957 nur zögernd, mit Beginn der 60er Jahre jedoch beträchtlich, und schrumpfte bis 1968 auf 52% aller Lohnsteuerfälle zusammen. Von 1965 auf 1968 verlief die Entwicklung wieder langsamer. Einen etwas anderen Verlauf nahm die Entwicklung des Bruttolohnes der Steuerfälle. Bedingt dadurch, daß die Steuerfälle in den oberen Gruppen stets mit einem größeren Anteil am Bruttolohn partizipieren, als ihrem Anteil an der Gesamtheit der Lohnsteuerfälle entspricht, sind hier die Veränderungsdaten seit 1955 größer gewesen als bei den Steuerfällen.

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1968 nach Bruttolohngruppen

Bruttolohngruppe in 1 000 DM	Lohnsteuerpflichtige ¹		nachrichtlich:		Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen		Lohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen		Lohnsteuer in % des Bruttolohnes
	Anzahl	%	Lohnsteuer- fälle ²	Differenz Sp. 1 - Sp. 3	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
unter 2,4	94 951	12,4	132 904	- 37 953	113,3	1,3	0,3	0,0	0,3
2,4 - 4,8	61 720	8,0	95 035	- 33 315	223,9	2,6	2,5	0,3	1,1
4,8 - 7,2	72 521	9,4	104 771	- 32 250	446,1	5,2	19,4	2,6	4,3
7,2 - 9,6	104 052	13,5	137 595	- 33 543	874,0	10,1	55,8	7,5	6,4
9,6 - 12	120 523	15,7	157 968	- 37 445	1 303,2	15,1	89,0	12,0	6,8
12 - 16	154 085	20,1	164 499	- 10 414	2 133,5	24,7	163,7	22,1	7,7
16 - 20	80 866	10,5	58 991	+ 21 875	1 438,2	16,6	130,9	17,7	9,1
20 - 25	46 916	6,1	27 820	+ 19 096	1 038,4	12,0	113,4	15,3	10,9
25 - 36	25 493	3,3	15 959	+ 9 534	728,6	8,4	97,0	13,1	13,3
36 - 50	4 956	0,6	3 307	+ 1 649	203,8	2,4	32,6	4,4	16,0
50 - 75	1 416	0,2	1 162	+ 254	82,8	1,0	16,6	2,2	20,1
75 - 100	257	0,0	247	+ 10	21,6	0,3	5,5	0,7	25,3
100 - 150	145	0,0	138	+ 7	16,9	0,2	5,1	0,7	30,2
150 - 200	34	0,0	34	± 0	5,7	0,1	2,0	0,3	34,5
200 und mehr	36	0,0	35	+ 1	14,7	0,2	5,7	0,8	38,6
Insgesamt	767 971	100	900 465	- 132 494	8 644,7	100	739,4	100	8,6

1) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn sind als ein Steuerpflichtiger gezählt und in die Bruttolohngruppe eingeordnet, die ihrem zusammengerechneten Bruttolohn entspricht, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammen geführt werden konnten.

2) Die Zahl der Steuerfälle ist identisch mit der Zahl der erfaßten Arbeitnehmer.

In dem Bild äußert sich dieser Einfluß in einer stärkeren Verschiebung der Balken nach rechts. So konnten im Jahre 1968 die 52% der Steuerfälle mit Bruttoeinkünften unter 9 600 DM nur 27% der gesamten Löhne und Gehälter auf sich vereinigen.

Lohnsteuerpflichtige

Die Zahl der im Jahre 1968 erfaßten Lohnsteuerpflichtigen (im Sinne der neuen Erhebungseinheit) betrug fast 768 000. In der vorstehenden Tabelle werden damit etwa 132 500 Lohnsteuerpflichtige weniger ausgewiesen als Lohnsteuerfälle. Wie sich die Differenz zwischen Pflichtigen und Fällen im einzelnen zusammensetzt, ist dort abzulesen. Danach ist in den unteren Bruttolohngruppen bis zu einem Schwellenwert von 16 000 DM die Zahl der erfaßten Steuerpflichtigen ausnahmslos niedriger als die der Steuerfälle. Oberhalb dieses Bruttolohnes ist sie, von einer Ausnahme abgesehen, stets höher, jedoch erreichen die Differenzen in den höheren Bruttolohngruppen bei weitem nicht das Ausmaß wie in den unteren. Die Differenz von 132 500 spiegelt die Anzahl der beiderseits beschäftigten Ehegatten nur unvollkommen wider, da ein Teil der Lohnsteuerkarten von Ehepartnern nicht zusammen geführt werden konnte. Diese Karten (es handelt sich um Fälle der Steuerklassen III, IV und V) konnten aus erhebungstechnischen Gründen nur als je zwei Lohnsteuerpflichtige in die Zählung einbezogen werden. Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen ist also insoweit

überhöht und die der Ehepaare mit beiderseits Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit mit Sicherheit größer, als dies in der Differenz von 132 500 zum Ausdruck kommt.

Die Schichtung verdeutlicht die verstärkte Besetzung der gehobenen Bruttolohngruppen mit Lohnsteuerpflichtigen infolge des zusammengerechneten Bruttolohns der Ehegatten. Nach den Ergebnissen des Jahres 1968 ergibt sich somit bereits für 57% der Lohnsteuerpflichtigen ein Bruttolohn über 9 600 DM. Am gesamten Bruttolohn waren diese Steuerpflichtigen sogar mit 81% beteiligt. Gut 20% der Arbeitnehmer erzielten Bruttoeinkünfte unter 4 800 DM; auf sie entfielen nur 3,9% des gesamten Bruttolohnes. Die Zahl der Spitzenverdiener mit Bruttoeinkünften aus nichtselbständiger Arbeit von über 36 000 DM belief sich auf 6 844. Ihre Anzahl dürfte in Wirklichkeit noch etwas höher liegen, da erfahrungsgemäß ein Teil der Lohnsteuerkarten gerade dieser Lohnsteuerpflichtigen von den Finanzämtern verspätet eingeht und bei der Aufbereitung nicht mehr berücksichtigt werden kann.

Geschlecht und Beschäftigungsdauer

Von den in den Steuerklassen I, II und III (ohne III/V) erfaßten Lohnsteuerpflichtigen waren knapp ein Drittel Frauen und gut zwei Drittel Männer. Der Anteil der nicht-ganzjährig Beschäftigten ist unter den weiblichen Lohnsteuerpflichtigen etwas größer als unter den männlichen; die Männer waren zu 87%, die Frauen zu 82% ganzjährig

Lohnsteuerpflichtige nach Geschlecht und Beschäftigungsdauer 1968

	Ganzjährig Beschäftigte	Bruttolohn in Mill. DM	Bruttolohn je Steuer- pflichtigen in DM	Nicht- ganzjährig Beschäftigte	Bruttolohn in Mill. DM	Bruttolohn je Steuer- pflichtigen in DM	Lohnsteuer- pflichtige zusammen	Bruttolohn in Mill. DM
Männliche Steuerpflichtige ¹	378 863	4 724,2	12 470	58 972	278,8	4 728	437 835	5 003,1
Weibliche Steuerpflichtige ¹	153 728	1 111,0	7 227	34 779	118,1	3 396	188 507	1 229,1
Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn ^{2 3}	127 663	2 267,5	17 762	13 966	145,0	10 384	141 629	2 412,6
Steuerpflichtige insgesamt	660 254	8 102,7	12 272	107 717	542,0	5 031	767 971	8 644,7
				- % -				
Männliche Steuerpflichtige ¹	86,5	94,4	.	13,5	5,6	.	100	100
Weibliche Steuerpflichtige ¹	81,6	90,4	.	18,4	9,6	.	100	100
Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn ^{2 3}	90,1	94,0	.	9,9	6,0	.	100	100
Steuerpflichtige insgesamt	86,0	93,7	.	14,0	6,3	.	100	100

1) nur Steuerpflichtige der Steuerklassen I, II und III (ohne III/V)

2) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn werden als ein Steuerpflichtiger gezählt, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammen geführt werden konnten

3) Zuordnung zu den ganzjährig oder nichtganzjährig Beschäftigten erfolgt nach der Beschäftigungsdauer des Ehemannes

beschäftigt, worunter eine Beschäftigungszeit von mindestens 11 Monaten im Jahr zu verstehen ist. Größere Unterschiede in der Beschäftigungsdauer zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern dürften sich bei beiderseits unselbständig beschäftigten Ehepaaren ergeben. Hierüber sind jedoch genaue Angaben aus der Statistik nicht möglich, da diese Ehegatten als ein Steuerpflichtiger gezählt und nach der Beschäftigungsdauer des Ehemannes den ganzjährig oder nichtganzjährig Beschäftigten zugeordnet werden mußten. Bei diesem methodischen Verfahren ergibt sich zwangsläufig ein höherer Anteil der ganzjährig Beschäftigten.

Der Bruttolohn je Steuerpflichtigen ist bei Ehegatten nach Einführung der neuen Erhebungseinheit, wie nicht anders zu erwarten, bei weitem am höchsten. Unter den Steuerpflichtigen ohne Ehepartner mit Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Bruttoeinkünften der Männer und der Frauen. So erzielte ein ganzjährig beschäftigter männlicher Steuerpflichtiger, sofern er nach den Steuerklassen I, II oder III (ohne III/V) besteuert wurde, im Durchschnitt Bruttoeinkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 12 470 DM, ein weiblicher Steuerpflichtiger dagegen nur in Höhe von 7 227 DM. Die erheblichen Unterschiede müssen nicht nur aus ungleicher Entlohnung für die gleiche Arbeitsleistung resultieren, sondern sie können auch aus der unterschiedlichen Struktur der männlichen und weiblichen Beschäftigten erklärt werden. Schlechterer Ausbildungsstand und ungünstiger Altersaufbau unter den weiblichen Arbeitnehmern bewirken, daß Frauen im allgemeinen seltener einen gutbezahlten Arbeitsplatz einnehmen als Männer. Dies

gilt für die nichtganzjährig Beschäftigten ebenso wie für die ganzjährig Beschäftigten.

Steuerklassen und Kinderzahl

Die Gliederung nach Steuerklassen erlaubt eine Darstellung der Lohnsteuerpflichtigen nach dem Familienstand und der Kinderzahl. Die Einteilung war im Jahre 1968 im wesentlichen die gleiche wie 1965, jedoch bleibt wegen der methodischen Änderung der Erhebung ein Vergleich mit früheren Ergebnissen auf die Steuerklassen I und II beschränkt. Etwa 228 000 Lohnsteuerpflichtige (das sind 30% aller Erfassten) waren im Jahre 1968 in Steuerklasse I eingestuft. Es handelt sich hierbei im allgemeinen um Alleinstehende im Alter von unter 50 Jahren. Sie waren mit 17% am gesamten Bruttolohn beteiligt. Gegenüber 1965 ist ihre Anzahl recht erheblich zurückgegangen, nämlich um fast 25 000 oder 10%, und dementsprechend auch ihr Anteil am Bruttolohn. Für die in Steuerklasse II Eingestuften, das sind vor allem Alleinstehende mit im allgemeinen über 50 Jahren, ist dagegen diese rückläufige Entwicklung nicht festzustellen. Hier belief sich die Zahl der Steuerpflichtigen nach wie vor auf knapp 100 000, die sich selbst in der Untergliederung nach der Anzahl der Kinder fast genauso aufteilen wie im Jahre 1965. Auch ihre Beteiligung am gesamten Bruttolohn blieb mit 8,7% praktisch unverändert.

Die stärkste Besetzung mit Lohnsteuerpflichtigen findet sich in der Lohnsteuerklasse III (ohne III/V). Zu dieser großen Gruppe der Verheirateten ohne Ehepartner mit Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit zählten im Jahre 1968 knapp 300 000 Steuerpflichtige, das sind 39% aller Erfassten. Von den verheirateten

Steuerklasse	Lohnsteuerpflichtige		Bruttolohn		je Steuerpflichtigen in DM	Lohnsteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%		Mill. DM	% von Spalte 3
I zusammen	227 775	29,7	1 498	17,3	6 579	150	10,0
II zusammen	98 977	12,9	754	8,7	7 618	50	6,7
davon mit							
0 Kindern	78 255	10,2	566	6,5	7 229	40	7,1
1 Kind	13 250	1,7	120	1,4	9 083	8	6,5
2 und mehr Kindern	7 472	1,0	68	0,8	9 101	2	3,6
III (ohne III/V) zusammen	299 590	39,0	3 980	46,0	13 284	317	8,0
davon mit							
0 Kindern	108 759	14,2	1 196	13,8	11 000	109	9,1
1 Kind	72 851	9,5	1 013	11,7	13 908	89	8,8
2 Kindern	72 088	9,4	1 085	12,5	15 046	84	7,8
3 Kindern	30 244	3,9	457	5,3	15 117	27	5,8
4 und mehr Kindern	15 648	2,0	228	2,6	14 586	8	3,5
III/V zusammen ¹	80 172	10,4	1 237	14,3	15 433	97	7,8
davon mit							
0 Kindern	22 502	2,9	296	3,4	13 156	29	9,7
1 Kind	27 581	3,6	445	5,1	16 141	38	8,5
2 Kindern	19 975	2,6	332	3,8	16 601	23	7,0
3 Kindern	6 870	0,9	113	1,3	16 151	6	4,9
4 und mehr Kindern	3 244	0,4	51	0,6	15 715	1	2,7
IV/IV zusammen ¹	61 457	8,0	1 175	13,6	19 124	125	10,7
davon mit							
0 Kindern	35 977	4,7	683	7,9	18 998	79	11,6
1 Kind	17 596	2,3	332	3,8	18 843	33	9,8
2 Kindern	5 424	0,7	112	1,3	20 566	10	9,1
3 Kindern	1 573	0,2	32	0,4	20 392	2	7,5
4 und mehr Kindern	887	0,1	17	0,2	18 737	1	5,2
Alle Steuerklassen	767 971	100	8 645	100	11 257	739	8,6

1) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn werden als ein Steuerpflichtiger gezählt, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammen geführt werden konnten

Lohnsteuerpflichtigen mit beiderseits Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit entfiel der größere Teil (10,4%) auf die Steuerklasse III/V, der geringere Teil (8,0%) auf die Klasse IV/IV.

Unter den Verheirateten mit beiderseits Arbeitslohn ist ein deutlicher Unterschied in der Höhe der Einkünfte beider Ehegatten zwischen den Steuerklassen IV/IV und III/V nachweisbar. Je Steuerpflichtigen sind im Schnitt die Bruttoeinkünfte in der Klasse IV/IV bei weitem am höchsten. Diese Klasse ist für die Ehegatten in der Regel dann angezeigt, wenn beide Partner voll berufstätig sind und in der Höhe des jeweiligen Arbeitslohnes zu große Unterschiede nicht bestehen. Ist dagegen ein Ehepartner nur teilbeschäftigt oder nicht-ganzjährig beschäftigt und bestehen in der Höhe des Arbeitslohnes größere Unterschiede, so ist für Ehegatten die Wahl der Klasse III/V vorteilhafter. In der Höhe des Bruttolohnes je Steuerpflichtigen der nach Klasse III/V Besteuerter kommt dieser geringere Verdienst eines Partners beim Vergleich mit der Klasse IV deutlich zum Ausdruck. Auch die Verheirateten ohne beiderseits Arbeitslohn

(Klasse III ohne III/V) erzielten im Schnitt Einkünfte über 13 000 DM je Steuerpflichtigen; sie sind denen der in Klasse III/V Eingestuften angenähert. Ein deutlicher Unterschied besteht dagegen zu den Unverheirateten der Steuerklassen II und I, die im Schnitt weitaus geringere Bruttolöhne auf sich vereinigen können.

Die Gesamtzahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt worden sind, betrug 1968 fast 553 000. Das sind etwa 5% weniger als 1965. Der überwiegende Teil hiervon waren Kinder von Steuerpflichtigen, die in Klasse III (ohne III/V) eingestuft sind, nämlich 380 000 oder 69%. Diese Kinder dürften im allgemeinen in Familien aufwachsen, deren Mütter nicht einer Arbeitnehmertätigkeit nachgehen. Die Eltern weiterer 19% der Kinder, für die Freibeträge gewährt worden sind, wurden nach der Klasse III/V besteuert. Hier waren also im allgemeinen die Mütter nur zeitweilig oder in geringem Umfang berufstätig. Nur für 71 000 Kinder (13%) nahmen Steuerpflichtige, die in die Klassen IV/IV oder II eingestuft waren, Freibeträge in Anspruch. Die Freibeträge werden für

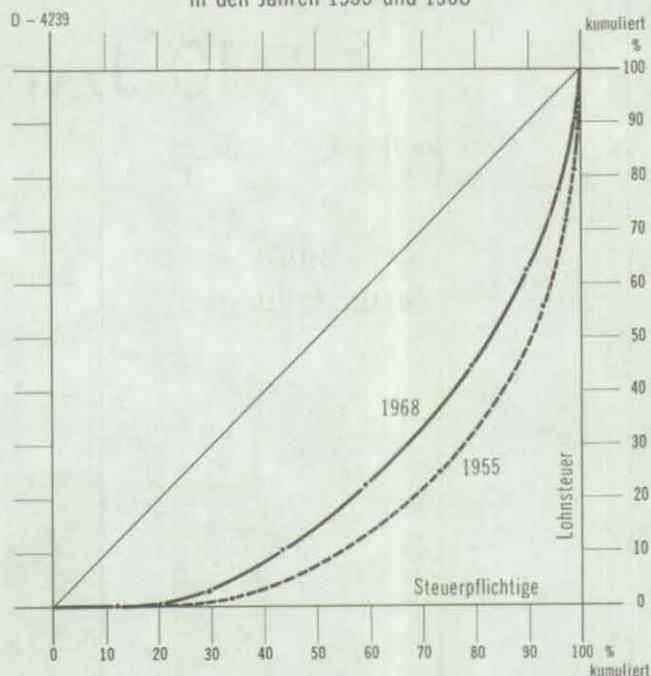
Kinder nicht nur bis zum vollendeten 18., sondern auf Antrag auch darüber hinaus bis zum vollendeten 27. Lebensjahr gewährt, wenn der Arbeitnehmer den Unterhalt trägt und das Kind sich in der Berufsausbildung befindet.

In den schon bei früheren Lohnsteuerstatistiken beobachteten Beziehungen zwischen Bruttolohn und Kinderzahl ist 1968 keine Änderung eingetreten. Nach wie vor nimmt in allen Steuerklassen im Durchschnitt der Bruttolohn bei steigender Kinderzahl im allgemeinen zunächst zu, wobei infolge der größeren Freibeträge die Lohnsteuerbelastung gleichzeitig zurückgeht. Von einer bestimmten Kinderzahl an - in der Regel bei Verheirateten mit 3 und mehr Kindern - werden die Bruttoeinkünfte dann im Durchschnitt wieder geringer. Die Kinderzahl ist somit vom Bruttolohn nur bis zu einem gewissen Grade abhängig; zwingende Beziehungen zwischen den beiden Erhebungsmerkmalen bestehen offensichtlich nicht. So sind zum Beispiel in Steuerklasse IV/IV die Bruttoeinkünfte je Steuerpflichtigen ohne Kinder sogar höher, als wenn ein Kinderfreibetrag gewährt wird.

Steuerbelastung

Von den erfaßten 768 000 Steuerpflichtigen waren 591 000 (77%) Steuerbelastete; die restlichen 177 000 (23%) hatten entweder ein sehr geringes Lohneinkommen oder konnten so viele Freibeträge geltend machen, daß sie Lohnsteuern nicht zu zahlen brauchten. Infolge des ständig steigenden Lohnniveaus wird die Zahl der nicht Steuerbelasteten auch in Zukunft weiter abnehmen. Es werden damit immer weniger Steuerbefreite in die Proportionalzone des Einkommensteuertarifs hineinwachsen, während gleichzeitig ein immer größerer Teil der Arbeitnehmer in die Progressionszone gelangt. Die Zuwachsraten von Bruttolohn und Lohnsteuer werden somit bei weiter steigendem Lohneinkommen von Jahr zu Jahr größere Unterschiede aufweisen. Von 1965 auf 1968 führte die Zunahme des Bruttolohnes um 15% zu einer Steigerung des Steueraufkommens um bereits 29%. Die Zuwachsraten bei der Lohnsteuer war also etwa doppelt so hoch wie beim Bruttolohn. Die Entwicklung ist insofern als nicht gerecht und nicht dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers entsprechend zu bezeichnen, als mit der Steuerprogression nur die gestiegenen Reallohneinkommen stärker belastet werden sollten. Ein erheblicher Teil der Lohn- und Gehaltserhöhungen in letzter Zeit dient aber nur der Anpassung an das gestiegene Preisniveau und führt trotzdem gleichzeitig

Die Verteilung der Lohnsteuer auf die Lohnsteuerpflichtigen in den Jahren 1955 und 1968

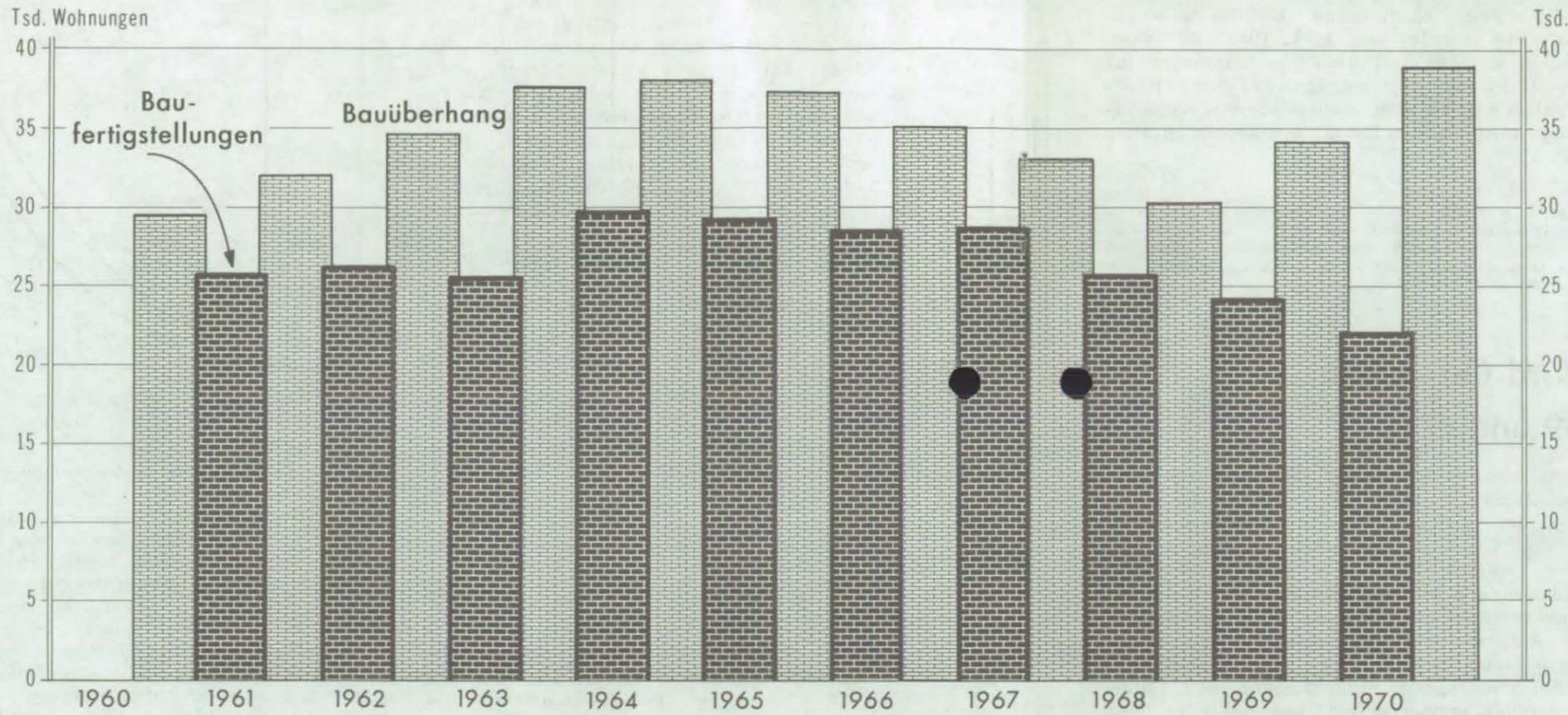


Auf der Waagerechten sind die Steuerpflichtigen in Prozent abgetragen, und zwar kumuliert von links nach rechts nach der Höhe ihres Bruttolohnes. Auf der Senkrechten ist die von den Steuerpflichtigen gezahlte Lohnsteuer abgetragen, und zwar ebenfalls kumuliert von unten nach oben nach der Höhe des Bruttolohnes. Hätten alle Steuerpflichtigen denselben Lohnsteuerbetrag abzuführen, so entstünde eine Gerade (diagonale Linie). In dem Maße, wie die Verteilung der Steuerbelastung auf die Arbeitnehmer ungleichmäßiger wird, wird die Gerade zur durchhängenden Kurve. Im dargestellten Falle hat sich die abgeführte Lohnsteuer nach 1955 auf immer mehr Steuerpflichtige verteilt, da der Anteil der Steuerbefreiten seitdem kontinuierlich zurückgegangen ist. Die Verteilung der Steuerbelastung ist also bis 1968 gleichmäßiger geworden (Verschiebung der Kurve nach links oben). Während im Jahre 1955 die geringer verdienende Hälfte der Steuerpflichtigen nur etwa 5% der gesamten steuerlichen Belastung zu tragen hatte, entfielen 1968 auf sie bereits etwa 15% der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer.

zu stärkerer Steuerbelastung. Die Steuerlastquote betrug in der Lohnsteuer im Jahre 1968 bereits 8,6% (1965: 7,6%) und der Fiskus wird bei weiterer Zunahme des Lohnniveaus einen immer größeren Teil der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit wegsteuern, ohne daß es hierzu besonderer Steuererhöhungen bedarf, wenn nicht der Einkommensteuertarif den neuen Gegebenheiten angepaßt wird.

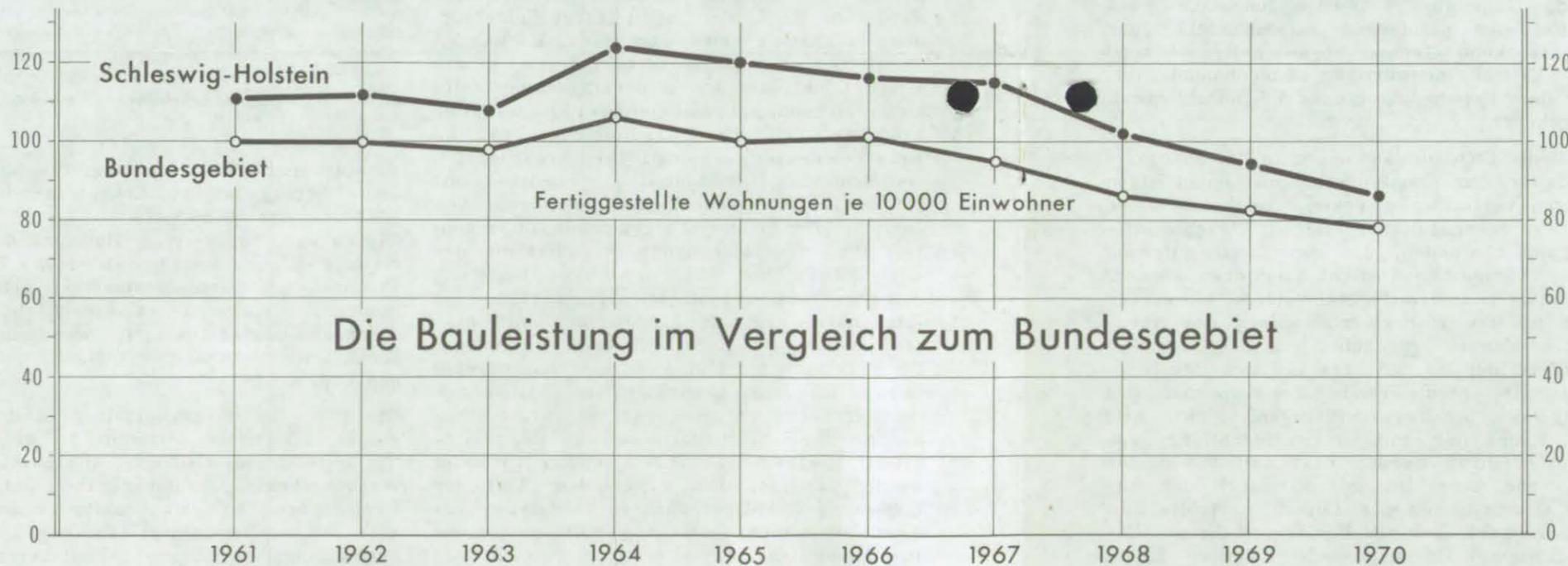
Die Höhe der Steuerbelastung in der Lohnsteuer ist unter anderem in erheblichem Umfange davon abhängig, inwieweit erhöhte Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstige Freibeträge von den Arbeitnehmern geltend gemacht werden können. Es liegen hierüber exakte Angaben nur von Lohnsteuerpflichtigen

10 JAHRE WOHNUNGSBAU IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Im oberen Teil des Bildes sind die Fertigstellungen von Wohnungen im Laufe des jeweiligen Jahres dem Bauüberhang zu Beginn dieses Jahres gegenübergestellt. Zu den Fertigstellungen zählen alle in Wohn- und Nichtwohngebäuden errichteten Wohnungen. In den Bauüberhang gehen alle genehmigten Wohnungen ein, die noch nicht als fertiggestellt gemeldet wurden.

Im Laufe des Jahres kommen zu dem Bauüberhang neue Genehmigungen hinzu; andererseits werden Wohnungen fertiggestellt und Baugenehmigungen zurückgezogen. Als Saldo ergibt sich der neue Bauüberhang. Aus der Tatsache, daß die Zahl der Fertigstellungen im Laufe des Jahres immer niedriger ist als der Bauüberhang zu Beginn des Jahres, muß geschlossen werden, daß zwischen Genehmigung und Fertigstellung einer Wohnung durchschnittlich mehr als ein Jahr vergeht. Für den dargestellten Zeitraum 1961 - 1970 beträgt die Zeitspanne durchschnittlich ein Jahr und drei Monate. Die besonders niedrige Bautätigkeit im Jahre 1970 trotz eines verhältnismäßig hohen Bauüberhangs Ende 1969 ist vor allem auf das schlechte Wetter zu Beginn des Jahres zurückzuführen.



Im unteren Bildteil wird die Bautätigkeit in Schleswig-Holstein an der Zahl der fertiggestellten Wohnungen je 10 000 Einwohner gemessen und mit der Bauleistung im Bundesgebiet verglichen. Daraus geht hervor, daß die Bautätigkeit bis einschließlich 1964 steigende Tendenz aufwies. Ab 1965 ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen je 10 000 Einwohner erheblich zurückgegangen. Die Entwicklung verlief in Schleswig-Holstein etwa parallel zu der im Bundesgebiet. Schleswig-Holstein liegt dabei jedoch in jedem Jahr und nicht unerheblich über dem Bundesdurchschnitt.

mit maschinellem Lohnsteuerjahresausgleich durch die Finanzämter vor. 428 000 Steuerpflichtige machten hierbei Freibeträge geltend, die zu einer Rückzahlung von insgesamt 122 Mill. DM einbehaltener Lohnsteuer führten. Für diese Arbeitnehmer ergab sich also mithin durch den maschinellen Lohnsteuerjahresausgleich eine durchschnittliche Steuer-rückzahlung von 24% der vom Arbeitgeber an das Finanzamt abgeführten Beträge.

Im einzelnen wurden von den Finanzämtern 110 Mill. DM erhöhte Werbungskosten, 283 Mill. DM erhöhte Sonderausgaben und 88 Mill. DM sonstige Freibeträge anerkannt. Gegenüber 1965 haben die im maschinellen Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemachten erhöhten Werbungskosten überhaupt nicht, die sonstigen Freibeträge nur geringfügig zuge-

nommen; dagegen trat bei den geltend gemachten Sonderausgaben eine Erhöhung um fast zwei Drittel ein. Auf die Entwicklung der Werbungskosten dürfte die Herabsetzung der Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit dem eigenen Kraftfahrzeug nicht ohne Einfluß gewesen sein. Sie wurde am 1. 1. 1967 wirksam. Seitdem dürfen statt 50 Pf je Kilometer nur noch 36 Pf angesetzt werden. Bei den Sonderausgaben wirken sich insbesondere die gestiegenen Aufwendungen für die Sozialversicherung aus.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Löhne und Gehälter aus unselbständiger Arbeit (Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1965)" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 19 (Januar) und "Brutto-lohn und Lohnsteuer (Ergebnis der Lohnsteuerstatistik 1968)" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 153 (März)

Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal in den Jahren 1969 und 1970

Im Juni des vergangenen Jahres konnte der Nord-Ostsee-Kanal auf sein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Jubiläum ist ein geeigneter Anlaß, um die Verkehrsbedeutung des Kanals für die Ostseestaaten aufzuzeigen. Abgesehen von strategischen Überlegungen wurde mit dem Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals das Ziel verfolgt, die deutschen Ostseehäfen an die großen Ströme des Welt-seeverkehrs heranzuführen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden, denn der große Gewinner des Kanalbaus war der Welthafen Hamburg, der durch den Kanal zum "westlichsten" Ostseehafen avancierte. Entgegen den ursprünglichen Zielsetzungen entwickelte sich der Kanal zu einer internationalen Wasserstraße ersten Ranges. Der Nord-Ostsee-Kanal, dessen besondere Verkehrsbedeutung aufgrund der wegverkürzenden Verbindung im Transitverkehr liegt, ist heute der meistbefahrene Seekanal der Welt.

Obwohl die Verkehrsbedeutung des Nord-Ostsee-Kanals für die Ostseestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegangen ist, werden gegenwärtig noch immer ungefähr 50% des externen Ostseeverkehrs durch den Kanal befördert. Diese Transportleistung muß als ein erfreuliches Ergebnis angesehen werden, denn nach dem Kriege haben sich im Außenhandelsverkehr der Ostseeanrainer beachtliche Richtungs- und Strukturänderungen vollzogen, die sich in ihrer Gesamtheit negativ auf den Kanalverkehr ausgewirkt haben. Die Gründung des COMECON zum Beispiel hat im Außenhandelsverkehr der osteuropäischen Staaten eine Umlenkung

der Güterströme bewirkt. Während die osteuropäischen Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg den größten Teil ihres Außenhandels mit den Ländern in Westeuropa abgewickelt haben, nimmt heute der Intra-COMECON-Handel eine beherrschende Stellung im Außenhandelsverkehr der osteuropäischen Staaten ein. Aufgrund der geographischen Lage der Mitgliedsstaaten ist der Intra-COMECON-Handel vorwiegend eine Domäne des Landtransportes, wodurch der Güterumschlag über die nasse Grenze in den Hintergrund gedrängt wird. Gegenwärtig werden ungefähr zwei Drittel des polnischen Außenhandels über die trockene Grenze abgewickelt, während ein Drittel seewärtiger Außenhandel ist. Vor dem Kriege war dieses Verhältnis genau umgekehrt.

Auch die Strukturwandlungen in der Schifffahrt sind für den Kanalverkehr mit nachteiligen Folgen verbunden gewesen, da insbesondere in der Massengutfahrt vielfach Frachtschiffe eingesetzt wurden, die den Kanal aufgrund ihrer Abmessungen nicht passieren können. Die steigenden Schiffsgeschwindigkeiten wirken sich auf die Wettbewerbsstellung des Nord-Ostsee-Kanals gegenüber dem Skagenweg insofern negativ aus, als die aus der Wegersparnis resultierende Zeitersparnis mit steigender Schiffsgeschwindigkeit sinkt, weil der Kanal nur mit einer Höchstfahrt von 8 kn befahren werden darf und durch das Ein- und Ausschleusen und durch das An- und Vonbordgehen der Lotsen wertvolle Zeit verlorengelht. Der von der steigenden Schiffsgeschwindigkeit ausgehende negative Effekt

wird in Zukunft teilweise dadurch kompensiert werden können, daß aufgrund der gegenwärtig laufenden Investitionsvorhaben (Sicherungsprogramm und Anpassungsprogramm) die Durchlaßfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals verbessert wird.

Bei Überlegungen über die zukünftige Entwicklung des Schiffs- und Güterverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal kann man davon ausgehen, daß der seewärtige Außenhandelsverkehr der Ostseestaaten weiterhin wachsen wird, und zwar aufgrund der verstärkten Industrialisierung im Ostseeraum, der wachsenden internationalen Arbeitsteilung und der weiteren Liberalisierung des Welthandels. Damit eröffnen sich für den Nord-Ostsee-Kanal positive Entwicklungsaussichten, die es zu nutzen gilt. Als ein wichtiger Schritt in dieser Richtung müssen die augenblicklich durchgeführten Investitionsvorhaben angesehen werden, mit deren Hilfe der Nord-Ostsee-Kanal den steigenden Verkehrsbedürfnissen angepaßt werden soll.

Gesamtverkehr

Im Berichtsjahr 1970 verkehrten auf dem Nord-Ostsee-Kanal insgesamt 75 241 (1969: 80 240) Schiffe, wobei die Sport- und sonstigen Fahrzeuge nicht berücksichtigt sind. Der starke Rückgang in der Anzahl der Schiffe ist sowohl auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse als auch auf den Strukturwandel in der Schifffahrt zurückzuführen, der sich unter anderem in der Tendenz zum größeren Transportgefäß manifestiert. Der lange und strenge Eiswinter 1969/70 hat besonders die in der Nord-Ostseefahrt tätige Küstenschifffahrt beeinträchtigt. Einige Häfen in Nordfinnland und Nordschweden konnten erst gegen Jahresmitte für die Schifffahrt geöffnet werden, wodurch es in diesen Häfen zu

einem erheblichen Ladungsstau kam. Um diese Übergangsperiode zu überbrücken, war die Küstenschifffahrt gezwungen, Zwischenreisen durchzuführen. Während sich die Anzahl der Schiffe verringert hat, hat sich der zugehörige Schiffsraum von 78,6 Mill. BRT auf 81,9 Mill. BRT erhöht. Diese gegenläufige Entwicklung zeigt ganz deutlich, daß die Durchschnittsgröße der im Kanal verkehrenden Schiffe zugenommen hat, womit die Tendenz der letzten Jahre fortgesetzt wird.

Das Volumen des gesamten Güterverkehrs betrug im Jahre 1970 insgesamt 58,1 (56,5) Mill. t, davon entfielen 52,5 (50,3) Mill. t auf den Transitverkehr und 5,6 (6,2) Mill. t auf den Teilstreckenverkehr. Die Erhöhung des Gütervolumens im Gesamtverkehr ist ausschließlich durch die positive Entwicklung im Transitverkehr verursacht worden, denn im Teilstreckenverkehr ist es aufgrund der wachsenden Bedeutung des Elbehafens in Brunsbüttel zu Verkehrseinbußen gekommen.

Transitverkehr

Im Berichtsjahr 1970 passierten insgesamt 57 857 (61 935) Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal. Obwohl die Anzahl der Schiffe gesunken ist, ist der zugehörige Schiffsraum von 68,6 Mill. BRT im Jahre 1969 auf 72,5 Mill. BRT im Jahre 1970 angestiegen. Im Hinblick auf die Tonnage wurde 1970 ein Rekordergebnis erzielt, denn das bisherige Höchstergebnis aus dem Jahre 1962 wurde um 0,72 Mill. BRT übertroffen. 1962 hatte sich der Schiffsraum auf insgesamt 71,79 Mill. BRT belaufen.

Der Transitverkehr der Handelsfahrzeuge auf dem Nord-Ostsee-Kanal ist dadurch gekennzeichnet, daß die Verteilung der Schiffe auf die einzelnen Größenklassen breit gestreut ist, dennoch läßt sich eine Konzentration der Schiffspassagen in der Größenklasse bis 500 BRT feststellen, wie aus der 2. Tabelle zu ersehen ist. Im Berichtsjahr 1970 passierten insgesamt 54 923 (58 896) Handelsschiffe den Kanal, davon entfielen 36 520 (41 928) Handelsschiffe auf die Größenklasse bis 500 BRT. Dies entspricht einem Anteil von 66% (71%). Die hohen Anteile der in- und ausländischen Küstenschifffahrt an der Anzahl der Schiffspassagen unterstreichen die bedeutende Stellung, die der Kanal für die im Nord-Ostseebereich tätige Küstenschifffahrt einnimmt. Innerhalb der Größenklasse bis 500 BRT spielt die Flagge der Bundesrepublik Deutschland eine dominierende Rolle, während in den Größenklassen über 1 000 BRT die ausländischen Flaggen klar vorherrschen. Die Dominanz der ausländischen Flaggen in den oberen Größenklassen kann teilweise damit erklärt werden, daß in diesem Bereich die

Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal
in den Jahren 1969 und 1970

	1969	1970	Veränderung	
			absolut	in %
Durchgangsverkehr				
Schiffe	61 935	57 857	- 4 078	- 6,6
BRT	68 615 240	72 506 860	+ 3 891 620	+ 5,7
Ladung in t	50 260 413	52 482 916	+ 2 222 503	+ 4,4
Teilstreckenverkehr				
Schiffe	18 305	17 384	- 921	- 5,0
BRT	10 013 863	9 422 283	- 591 580	- 5,9
Ladung in t	6 216 840	5 639 534	- 577 306	- 9,3
Gesamter Verkehr				
Schiffe	80 240 ^{a)}	75 241 ^{a)}	- 4 999	- 6,2
BRT	78 629 103	81 929 143	+ 3 300 040	+ 4,2
Ladung in t	56 477 253	58 122 450	+ 1 645 197	+ 2,9

a) ohne Sport- und sonstige Fahrzeuge ohne Tonnageangabe

Transitverkehr der Handelsfahrzeuge nach Größenklassen 1970

Größenklasse in BRT		Insgesamt	davon		
			BRD	DDR	Ausland
bis 500	Schiffe	36 520	27 678	483	8 359
	BRT	13 288 871	9 618 959	183 342	3 486 570
501 - 1 000	Schiffe	3 584	1 850	551	1 183
	BRT	2 977 341	1 672 853	340 527	963 961
1 001 - 2 500	Schiffe	7 895	1 682	250	5 963
	BRT	12 401 670	2 587 367	448 226	9 366 077
2 501 - 6 000	Schiffe	4 160	447	259	3 454
	BRT	15 255 240	1 646 443	1 060 488	12 548 309
6 001 - 8 000	Schiffe	937	44	56	837
	BRT	6 506 474	308 158	400 661	5 797 655
8 001 - 10 000	Schiffe	828	62	42	724
	BRT	7 410 539	581 299	363 269	6 465 971
über 10 000	Schiffe	999	171	7	821
	BRT	12 973 384	2 348 909	88 313	10 536 162
Insgesamt	Schiffe	54 923	31 934	1 648	21 341
	BRT	70 813 519	18 763 988	2 884 826	49 164 705

Linientonnage der Ostseestaaten anzutreffen ist. Ein beachtlicher Teil dieser Linientonnage wird von den Staatsreedereien des COMECON gestellt, die nach dem Kriege ein beachtliches Liniennetz aufgebaut haben, das die Ostseehäfen des COMECON mit den wichtigsten Häfen in Europa und Übersee verbindet. Im Rahmen der Linienschifffahrt des COMECON spielt der Ostseebereich eine wichtige Rolle, denn von den im Jahre 1968 bestehenden 90 Liniendiensten hatten annähernd zwei Drittel ihren Ausgangspunkt in den Ostseehäfen.

An dem durch den Nord-Ostsee-Kanal fließenden Güterstrom des Transitverkehrs sind die einzelnen Größenklassen unterschiedlich stark beteiligt, wie aus der 3. Tabelle zu ersehen ist. Die Verteilung der Güter auf die einzelnen Größenklassen zeigt ganz deutlich, daß die Größenklasse bis 500 BRT diejenige Klasse ist, die die meisten Güter im Transitverkehr befördert, und zwar annähernd 30% (33%) des gesamten Gütervolumens. Innerhalb der Größenklasse bis 500 BRT nimmt die Küstenschifffahrt der Bundesrepublik Deutschland mit einer Transportleistung von 11,5 (11,7) Mill. t eine vorrangige Stellung ein. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Transportmenge der deutschen Küstenschiff-tonnage in den europäischen Seeverkehrsgebieten, die sich laut Jahresbericht des VDK auf insgesamt 26,0 (24,5) Mill. t belaufen hat. Vergleicht man die Transportmenge der deutschen Küstenschifffahrt auf dem Nord-Ostsee-Kanal mit der in den europäischen Seeverkehrsgebieten, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ungefähr die Hälfte des transportierten Gütervolumens den Kanal passiert

hat, womit die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals für die Küstenschifffahrt als wichtiger Zugang zu den Häfen des Ostseeraumes unterstrichen wird.

Die Stückguttransporte im Transitverkehr werden hauptsächlich von Schiffen der oberen Größenklassen durchgeführt, da in diesem Bereich die Linientonnage der Ostseeanrainer tätig ist, worauf schon hingewiesen worden ist. Die Holztransporte aus dem Ostseeraum sind eine Domäne der Küstenschifffahrt, denn ungefähr 63% (70%) des gesamten Holzverkehrs werden auf Schiffen der Größenklasse bis 500 BRT befördert. In den skandinavischen Häfen wird das Holz noch in zahlreichen kleinen Partien verschifft. Für diese Art des Holztransportes sind die Küstenmotorschiffe die geeigneten Transportgefäße, weil sie aufgrund ihres geringen Tiefgangs kleine Häfen und industrielle Ladeplätze anlaufen können.

Die Güterstruktur des Transitverkehrs ist seit dem Zweiten Weltkrieg dadurch gekennzeichnet, daß der Stückgutverkehr zunehmend an Gewicht gewinnt, während der Massengutverkehr eine rückläufige Tendenz aufweist. Der Anteil des Stückgutverkehrs am Transitverkehr stieg von 17,8% im Jahre 1955 auf 34,6% im Jahre 1970, gleichzeitig verringerte sich der Anteil des Massengutverkehrs von 82,2% auf 65,4%. Diese gegenläufige Entwicklung ist für die Durchlaßfähigkeit des Kanals insofern wichtig, als in der Stückgutfahrt Schiffe eingesetzt werden, die den Kanal in der Regel ohne weiteres passieren können. Diese Situation dürfte sich auch in naher Zukunft nicht ändern, da bei den Stückgut-schiffen der Trend zum großen Schiff lange

Güterstruktur des Transitverkehrs nach Größenklassen 1970

Größenklasse in BRT		Insgesamt	Beförderte Gütermenge					Sonstige
			Stückgut	Holz	Kohle	Öl	Erz	
bis 500	1 000 t	15 560	4 087	3 523	599	491	74	6 786
	%	29,6	22,6	63,2	8,5	10,8	3,2	45,6
501 - 1 000	1 000 t	2 627	990	293	270	202	33	839
	%	5,0	5,5	5,3	3,8	4,4	1,4	5,6
1 001 - 2 500	1 000 t	9 399	4 577	872	870	267	205	2 607
	%	17,9	25,3	15,6	12,4	5,9	8,8	17,5
2 501 - 6 000	1 000 t	9 856	4 596	553	1 712	135	639	2 221
	%	18,8	25,4	9,9	24,4	3,0	27,3	14,9
6 001 - 8 000	1 000 t	4 457	1 890	85	1 129	10	325	1 018
	%	8,5	10,4	1,5	16,1	0,2	13,9	6,8
8 001 - 10 000	1 000 t	4 282	1 537	246	770	184	526	1 019
	%	8,2	8,5	4,4	11,0	4,1	22,5	6,8
über 10 000	1 000 t	6 303	443	5	1 674	3 253	535	393
	%	12,0	2,4	0,1	23,8	71,6	22,9	2,6
Insgesamt	1 000 t	52 484	18 120	5 577	7 022	4 541	2 338	14 886
	%	100	100	100	100	100	100	100

nicht so stark ausgeprägt ist wie bei den Massengutfrachtern.

Obwohl sich der Containerverkehr im Nord-Ostseeraum erst in der Entwicklung befindet, muß er dennoch als eine verkehrswirtschaftliche Realität betrachtet werden. Für die Zukunft kann man annehmen, daß der größte Teil der Stückguttransporte im Nord-Ostseebereich in Form von Einheiten-Ladungen (unit loads) bewältigt werden wird. Der Trend zur Einheiten-Ladung hat die Kanalverwaltung veranlaßt, im Herbst 1970 Angaben über den Containerverkehr auf dem Kanal zu erheben. Die Anzahl der beförderten Container im Jahre 1970 hat danach ungefähr 40 000 Stück betragen. Der Schwerpunkt des durch den Kanal fließenden Containerverkehrs liegt in der Verkehrsbeziehung Skandinavien-Großbritannien. Die geringe Anzahl der Containerliniendienste im Verkehr zwischen Skandinavien und der Bundesrepublik Deutschland ist wahrscheinlich auf die Konkurrenz der Fährlinien zurückzuführen, denn unter Umständen kann es kostengünstiger sein, wenn die für den Umschlag in deutschen Häfen bestimmten Güter im gebrochenen Verkehr über Lübeck transportiert werden, anstatt durch den Nord-Ostsee-Kanal. Im Hinblick auf die Rhein-Schelde-Häfen dürfte die Konkurrenz des Fährverkehrs gegenüber den Containerliniendiensten wirkungslos werden, weil der Landtransport wahrscheinlich zu hohe Kosten verursacht, womit der Weg durch den Nord-Ostsee-Kanal weiterhin als die vorteilhaftere Route anzusehen ist.

Unter den Massengütern konnte der Kohlenverkehr seine Spitzenstellung beträchtlich

ausbauen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Kohlen- und Kokstransporte um 21,8% gewachsen. Das im Kohlenverkehr beförderte Gütervolumen betrug insgesamt 7,0 (5,8) Mill. t, davon entfielen 5,3 (4,5) Mill. t auf die Ost-West-Richtung und 1,7 (1,3) Mill. t auf die West-Ost-Richtung. Die aus dem Ostseeraum kommende Kohle stammt aus der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion. Im Rahmen der polnischen Kohlenexporte nach Westeuropa muß das neuartige Transportsystem der belgischen Reederei Exmar erwähnt werden, da dieses Transportsystem zur beträchtlichen Steigerung des Kohlenverkehrs in der Ost-West-Richtung beigetragen hat. Das neue Transportsystem, das bisher erst teilweise realisiert worden ist, wird im Endstadium aus zwei Schleppern und vier Seeleichtern bestehen, die eine Ladekapazität von je 13 600 t besitzen. Das Transportsystem hat den großen Vorteil, daß die beiden Schlepper mit je einem Seeleichter ständig unterwegs sein können, während die beiden anderen Seeleichter in Polen beladen bzw. in Belgien gelöscht werden. Nachteilig wirkt sich nur die Tatsache aus, daß die Kohlentransporte zwischen Polen und Belgien unpaarig sind. Um die Rentabilität des Transportsystems zu verbessern, versucht die belgische Reederei, Getreideladungen von Frankreich nach Polen zu bekommen.

Mit einer Transportmenge von 5,6 (5,4) Mill. t erreichte der Holzverkehr ein beachtliches Ergebnis, obwohl weite Teile der Ostsee bis in den Mai hinein vereist waren. Damit sicherte sich der Holzverkehr die zweite Stelle im Massengutverkehr. Die dritte Stelle im Massengutverkehr wurde von den Mineral-

öltransporten eingenommen; gefolgt vom Erzverkehr, dessen rückläufige Tendenz sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt hat. Das im Erzverkehr beförderte Gütervolumen betrug insgesamt 2,3 (2,4) Mill. t, davon entfielen 1,5 (1,0) Mill. t auf die Ost-West-Richtung und 0,8 (1,4) Mill. t auf die West-Ost-Richtung. Abgesehen von der wachsenden Konkurrenz der überseeischen Eisenerze auf dem westeuropäischen Markt ist der Rückgang der schwedischen Erzexporte durch den Nord-Ostsee-Kanal durch folgende Gründe verursacht worden:

Die schwedischen Erzexporte werden in zunehmendem Maße über den norwegischen Hafen Narvik verschifft, während der Umschlag über die eigenen Häfen - insbesondere Luleå und Oxelösund - stagniert, wodurch die Erztransporte auf dem Kanal beeinträchtigt werden. Eine weitere Beeinträchtigung folgt daraus, daß im Erzverkehr über die schwedischen Ostseehäfen immer größere Massengutfrachter eingesetzt werden, die wegen ihres Tiefgangs den Kanal nicht mehr passieren können. Der Hafen Luleå kann Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 40 000 tdw abfertigen, während der Hafen Oxelösund sogar von Schiffseinheiten mit einer Tragfähigkeit von 65 000 tdw angelaufen werden kann.

Teilstreckenverkehr

Im Berichtsjahr 1970 befuhren insgesamt 17 384 (18 305) Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal im Teilstreckenverkehr, darunter befanden sich 8 956 (9 310) Tanker. Das im Teilstreckenverkehr beförderte Gütervolumen belief sich auf 5,6 (6,2) Mill. t. Die Güterstruktur des Teilstreckenverkehrs wird hauptsächlich von Erdöl und Derivaten bestimmt, denn ungefähr 73% (76%) des gesamten Gütervolumens entfallen auf Öltransporte. Der Rückgang im Transitverkehr ist fast aus-

Güterverkehr im Ölhafen Brunsbüttel und im Elbehafen
1966 bis 1970

Jahr	Ölhafen Brunsbüttel	Elbehafen
	- 1 000 t -	
1966	3 524	-
1967	3 828	864 ^a
1968	2 636	1 530
1969	2 355	2 048 ^b
1970	1 877	2 646 ^b

a) 1. 7. bis 31. 12.

b) einschließlich Trockengutumschlag

schließlich durch die teilweise Verlagerung des Ölumschlags vom Kanalhafen Brunsbüttel zum Elbehafen verursacht worden. Der Elbehafen, der im Juli 1967 in Betrieb genommen worden ist, dient sowohl dem Ölumschlag als auch dem Trockengutumschlag.

Der Trockengutumschlag besteht zur Zeit hauptsächlich aus Rohphosphat, das für die Kali-Chemie AG in Brunsbüttel bestimmt ist. Mit der Texaco-Raffinerie in Hemmingstedt ist der Elbehafen durch eine Pipeline verbunden. Die Beeinträchtigung des Teilstreckenverkehrs auf dem Kanal im Raume Brunsbüttel wird sich auch in Zukunft fortsetzen, da der Elbehafen an Bedeutung gewinnen wird, wenn die geplanten Industrieansiedlungen realisiert worden sind. Für den Transitverkehr des Nord-Ostsee-Kanals kann die Ansiedlung von Grundstoffindustrien im Raume Brunsbüttel förderlich sein, falls ein Teil der in diesen Industriebetrieben hergestellten Fertigprodukte in den Ostseeraum exportiert wird. Sofern die Produkte auf dem Wasserwege transportiert werden, wäre der Nord-Ostsee-Kanal der geeignete Transportweg für diese Produkte, da die Industriebetriebe in unmittelbarer Nähe des Kanals liegen.

Dr. Horst Mühl

Vergleiche auch: "Der Nord-Ostsee-Kanal im Jahre 1968" in Stat. Monatsh. S.-H. 1970, S. 68 (März)

Die Binnenschifffahrt im Jahre 1968

Nach einer kontinuierlichen Entwicklung erreichte der Güterumschlag in der Binnenschifffahrt Schleswig-Holsteins im Jahre 1968 die Höhe von 7,6 Millionen t, das ist eine Zunahme von 10% gegenüber 1965. Das Verhältnis von Versand zu Empfang ist dabei mit annähernd 3 : 2 etwa konstant geblieben. An diesem Ergebnis hatten die Verkehrsbezirke des Landes unterschiedlichen Anteil. Im Rahmen der Verkehrsstatistik ist Schleswig-

Holstein bis 1968 in vier Verkehrsbezirke (VB) aufgeteilt: Lübeck (VB 1), das Ostseegebiet ohne Lübeck mit den für die Binnenschifffahrt wichtigen Häfen Kiel und Rendsburg (VB 2), das Nordsee- und Unterelbegebiet mit Brunsbüttel als zentralem Ölproduktumschlagplatz und dem Zementzentrum Itzehoe/Lägerdorf (VB 3) und schließlich der Südostteil des Landes mit seinen wichtigen Sandverladeplätzen am Elbe-Lübeck-Kanal (VB 6).

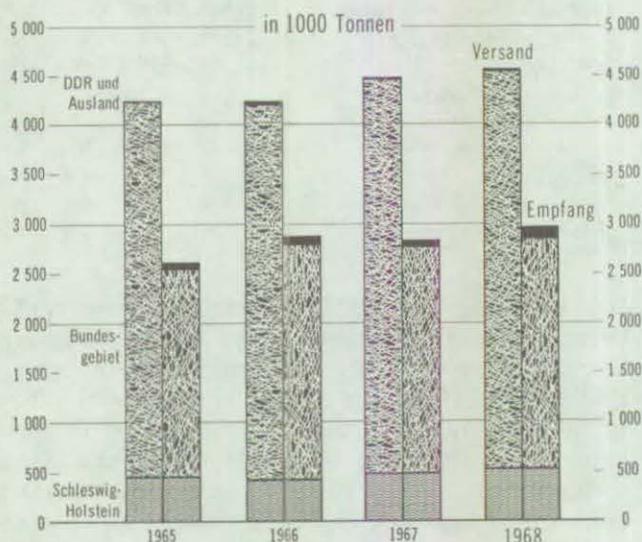
Güterverkehr der schleswig-holsteinischen Verkehrsbezirke 1968 nach Verkehrsbeziehungen
- in 1 000 t -

Verkehrsbezirk		Insgesamt	Veränderung 1968/65 in %	davon Verkehr					
				In Schleswig- Holstein	Veränderung 1968/65 in %	mit dem übrigen Bundesgebiet	Veränderung 1968/65 in %	mit der DDR und dem Ausland	Veränderung 1968/65 in %
Lübeck	V	575	- 23	101	- 18	444	- 27	30	+ 116
	E	285	- 7	22	+ 46	169	- 26	93	+ 49
Ostseegebiet (ohne Lübeck)	V	491	+ 200	67	+ 61	419	+ 245	6	+ 451
	E	747	+ 52	120	+ 91	626	+ 46	2	+ 345
Nordsee- und Untereelbegebiet	V	1 680	+ 23	237	+ 36	1 442	+ 22	1	- 67
	E	1 763	+ 5	242	- 7	1 495	+ 6	26	+ 621
Südostteil	V	1 828	- 7	121	+ 21	1 707	- 9	-	-
	E	182	+ 45	141	+ 41	40	+ 63	0	- 50

D - 4244

Die Binnenschifffahrt in Schleswig-Holstein

Güterverkehr nach Verkehrsbeziehungen



Negativ war die Veränderung in Lübeck, wovon besonders der Versand betroffen war. Den größten Mehrumschlag erzielten die Häfen des Ostseegebietes, in denen 1968 im Vergleich zu 1965 etwa die Hälfte mehr empfangen und dreimal soviel versendet werden konnte. Im Verkehrsbezirk Nordseegebiet ist der Zuwachs im Versand erwähnenswert (+ 23%). Der Umschlag im Südostteil war dagegen insgesamt leicht rückläufig. Da in der "Insgesamt"-Zahl der Umschlag des Binnenverkehrs des Landes sowohl im Versand als auch im Empfang enthalten ist und damit doppelt gezählt wird, muß dieser Umschlag einmal vom Gesamtumschlag des Landes abgezogen werden, wenn man die Gütermenge, die in Schleswig-Holstein in der Binnenschifffahrt befördert wird, erhalten will. Wie das Bild zeigt, ist der Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet von vorrangiger Bedeutung. Veränderungen eines Verkehrsbezirkes in dieser Richtung ziehen daher

auch gleichartige Veränderungen des Gesamtumschlages dieses Bezirkes nach sich.

Betrachtet man die Verkehrsverflechtung in der Binnenschifffahrt genauer, so verdeutlicht sich dieser Zusammenhang. So ist die Minderung des Versandumschlages des Lübecker Hafens eine Folge des starken Rückgangs der Lieferungen nach Hamburg in der Gütergruppe "Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohmineralien", welches die weitaus wichtigsten Versandprodukte Lübecks sind.

Verkehrsverflechtung Lübecks mit seinen wichtigsten Partnern bei den relevantesten Güterhauptgruppen

Verkehrsbezirk Güterhauptgruppe	Umschlag in 1 000 t			
	1965	1966	1967	1968
Nordseegebiet Versand v. Sonst. Steinen u. Erden	25	16	17	25
Südostteil Versand v. Sonst. Steinen u. Erden	91	27	39	71
Hamburg Versand v. Sonst. Steinen u. Erden	472	500	452	280
Hamburg Empfang v. Kraftstoffen, Heizöl	101	111	131	66
Berlin (West) Versand v. Kalk, Zement	42	31	13	13

Die rückläufige Entwicklung des Umschlages empfangener Güter wurde hauptsächlich verursacht durch verminderte Lieferungen von Kraftstoffen und Heizöl aus Hamburg, das auch auf dem Empfangssektor mit Abstand wichtigster Partner ist. Neben den in der Tabelle aufgeführten Beziehungen wurden in nennenswertem Umfang noch Eisen- und Stahlschrott aus Duisburg und Ton und sonstige Erden aus der DDR und der Tschechoslowakei empfangen. Auffallend, aber nicht untypisch, sind die von Jahr zu Jahr erheblichen Unterschiede im Umschlag eines Produktes mit einem Partner.

Die Verkehrsverflechtung des Ostseegebietes (ohne Lübeck) weist eine ähnliche Struktur auf, was die wichtigsten versendeten und

empfangenen Produkte betrifft. Größere Umschlagsmengen werden aber eigentlich nur mit Hamburg und dem Nordseegebiet erreicht. In stärkerem Maße werden außerdem noch Getreide und landwirtschaftliche Ölprodukte versendet und Futtermittel und Getreide empfangen, und zwar vornehmlich nach und von Hamburg, das ebenso wie im Falle Lübecks wichtigster Partner ist. Hierher wurden 1968 z. B. 80% aller Güter dieses Verkehrsbezirkes geliefert, und von hier wurden auch 80% aller Güter empfangen.

Verkehrsverflechtung des Ostseegebietes ohne Lübeck
mit seinen wichtigsten Partnern
bei den relevantesten Güterhauptgruppen

Verkehrsbezirk Güterhauptgruppe	Umschlag in 1 000 t			
	1965	1966	1967	1968
Nordseegebiet				
Versand v. Sonst. Steinen u. Erden	25	41	43	48
Empfang v. Kraftstoffen, Heizöl	53	71	96	110
Hamburg				
Versand v. Sonst. Steinen u. Erden	64	195	219	332
Empfang v. Kraftstoffen, Heizöl	313	413	450	527

Recht umfangreich ist aber auch wegen der günstigen Verbindung durch den Nord-Ostsee-Kanal der Verkehr mit dem Nordseegebiet. Im Gegensatz zum Verkehrsbezirk Lübeck übertrifft im Ostseegebiet der Empfangsumschlag den Versandumschlag. Charakteristisch ist ferner, daß der Radius der Binnenschifffahrt des Ostseegebietes kürzer ist als der Lübecks, das wesentlich regere Beziehungen zu Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen aufrechterhält. Ursache dafür sind die geographischen Gegebenheiten und das Wasserstraßennetz, das ein Schiff zu einem größeren Umweg zwingt, wenn es von Kiel oder Rendsburg auf Binnenwasserstraßen die Industriezentren Westdeutschlands erreichen will.

Am differenziertesten sind die Verkehrsbeziehungen des Nordsee- und Unterelbegebietes. Hier dominieren als Versandgüter Kraftstoffe und Heizöl, ferner die "sonstigen Mineralölerzeugnisse", die fast ausschließlich aus Schmierölen und -fetten bestanden, sowie Kalk und Zement. Maßgebend dafür, daß der Versand des Jahres 1968 um mehr als 300 000 t höher war als der von 1965, waren die wesentlich gestiegenen Lieferungen an Kraftstoffen und Heizöl vor allem nach Hamburg, das eine besonders hohe absolute Zunahme (+ 192 000 t) zu verzeichnen hatte. Bemerkenswert ist der umfangreiche Verkehr nach Berlin, besonders hinsichtlich der frachtkostenempfindlichen Güter Kalk und Zement.

Die Verkehrsverflechtung des Nordsee- und Unterelbegebietes
mit seinen wichtigsten Partnern
bei den relevantesten Güterhauptgruppen

Verkehrsbezirk Güterhauptgruppe	Umschlag in 1 000 t			
	1965	1966	1967	1968
Lübeck				
Empfang v. Sonst. Steinen u. Erden	25	16	17	25
Ostseegebiet (ohne Lübeck)				
Versand v. Kraftstoffen, Heizöl	53	71	96	110
Empfang v. Sonst. Steinen u. Erden	25	41	43	48
Südostteil				
Empfang v. Sand, Kies	73	77	64	39
Niedersachsen/Unterelbe				
Versand v. Kraftstoffen, Heizöl	235	276	281	280
Hamburg				
Versand v. Kraftstoffen, Heizöl	452	514	588	644
Versand v. Sonst. Mineralölerzeugnissen	143	153	151	157
Versand v. Kalk, Zement	97	60	50	34
Empfang v. rohem Erdöl	516	608	666	650
Empfang v. Kraftstoffen, Heizöl	378	378	296	309
Empfang v. Getreide	158	164	155	132
Empfang v. Futtermitteln	152	166	169	170
Niedersachsen/Oberelbe				
Versand v. Kraftstoffen, Heizöl	36	44	41	63
Empfang v. rohem Erdöl	40	77	18	65
Berlin (West)				
Versand v. Kraftstoffen, Heizöl	44	45	107	128
Versand v. Kalk, Zement	58	66	74	32

Der Empfang des Nordseegebietes ist wesentlich weniger gestiegen (+ 86 000 t) als der Versand. Größter Plusposten ist hier rohes Erdöl aus Hamburg (1968 gegenüber 1965: + 134 000 t), der Einbußen bei den Gütergruppen Kraftstoffe, Getreide, Sand und Kies wettgemacht hat. Positiv war die Bilanz außerdem bei der Gruppe "sonstige Steine und Erden" aus dem Ostseegebiet und bei Futtermitteln aus Hamburg. Im großen und ganzen hat sich die Güterverkehrsstruktur erhalten, die zwar vielfältiger als die der anderen schleswig-holsteinischen Bezirke ist, bei der aber auch auffällt, daß mehrere Verkehrsverbindungen entweder nur in Versand- oder nur in Empfangsrichtung ausgelastet sind. Dennoch haben Versand und Empfang einen etwa gleichen Anteil am Gesamtumschlag - ganz im Gegensatz zu den anderen Bezirken des Landes.

Die Ladungen von Sand und Kies an den Sandverladeplätzen des Elbe-Lübeck-Kanals prägen eindeutig die Güterzusammensetzung des Umschlages des Bezirkes Südostteil. Sie haben einen Anteil von rund 80% am Gesamtumschlag, gefolgt von den sonstigen Steinen und Erden. Die Lieferungen nach Hamburg haben absolutes Übergewicht. Daneben ist der Versand in das Nordseegebiet und nach Berlin (West) zu erwähnen. 1965 und 1966 sind größere Lieferungen von "mineralischen Erzeugnissen" nach Hamburg

Die Verkehrsverflechtung des Südostteils
mit seinen wichtigsten Partnern
bei den relevantesten Güterhauptgruppen

Verkehrsbezirk Güterhauptgruppe	Umschlag in 1 000 t			
	1965	1966	1967	1968
Lübeck Empfang v. Sonst. Steinen u. Erden	91	27	39	71
Nordsee Versand v. Sand, Kies	73	77	64	39
Hamburg Versand v. Sand, Kies	1 583	1 496	1 549	1 416
Versand v. Sonst. Steinen u. Erden	190	36	64	155
Versand v. mineralischen Erzeugnissen	47	50	-	-
Berlin (West) Versand v. Sand, Kies	23	21	44	90

gegangen, die inzwischen aber gänzlich ein-
gestellt wurden.

Der Empfang ist im Südostteil nur ein Zehntel
so groß wie der Versand. Außer 90 000 t
Steinen, die 1968 vorwiegend aus Lübeck
ankamen - sie werden auf den Sandverlade-
plätzen zerkleinert und sortiert, bevor sie
wieder versandt werden - wurden im wesent-
lichen Getreide, Futtermittel und Holz aus-
geladen. Diese Güter wurden hauptsächlich
in Mölln gelöscht; daneben sind noch Lauenburg
und Geesthacht zu nennen.

Faßt man die wichtigsten Transportgüter der
Binnenschifffahrt Schleswig-Holsteins nach den
Hauptverkehrsrichtungen zusammen, so bestä-
tigen sich die Aussagen, die bisher für die
einzelnen Verkehrsbezirke des Landes gemacht
wurden. Die Verkehrsstruktur ist im wesent-
lichen erhalten geblieben. Fast verdoppelt
haben sich die Lieferungen nach Berlin (West).

Versand in der Binnenschifffahrt Schleswig-Holsteins nach wichtigen Güterhauptgruppen
- in 1 000 t -

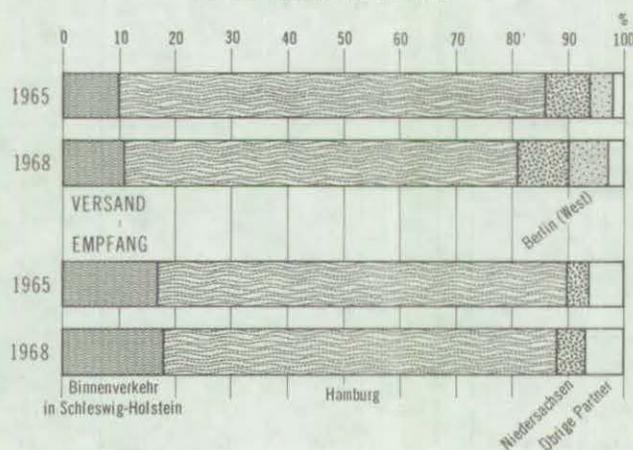
Güterhauptgruppe	1965			1968		
	Insgesamt	davon entfielen auf		Insgesamt	davon entfielen auf	
Sand, Kies, Bims, Ton	1 742	1 593	Hamburg	1 661	1 431	Hamburg
		110	Binnenverkehr		118	Binnenverkehr
		23	Berlin (West)		90	Berlin (West)
Kraftstoffe, Heizöl	830	453	Hamburg	1 299	644	Hamburg
		272	Niedersachsen		384	Niedersachsen
		60	Binnenverkehr		143	Binnenverkehr
		44	Berlin (West)		128	Berlin (West)
Sonstige Steine und Erden	876	726	Hamburg	1 008	767	Hamburg
		149	Binnenverkehr		185	Binnenverkehr
Sonstige Mineralölzeugnisse	143	143	Hamburg	157	157	Hamburg
Kalk, Zement	322	118	Hamburg	129	34	Hamburg
		100	Berlin (West)		45	Berlin (West)
		78	Binnenverkehr		46	Binnenverkehr
Getreide	107	55	Hamburg	108	55	Hamburg
		28	Binnenverkehr		28	Binnenverkehr
Steinkohle	62	24	Hamburg	43	30	Hamburg
		37	Niedersachsen		9	Berlin (West)

Starke Veränderungen im Güterversand des
Landes finden sich bei der Güterhauptgruppe
"Kraftstoffe und Heizöl" (+ 57%), "Sonstige
Steine" (+ 15%), "Kalk, Zement" (- 60%) und
"Steinkohle" (- 30%).

Wichtigster Partner der schleswig-holsteini-
schen Binnenschifffahrt ist Hamburg, das je
70% des Versandes und Empfanges einbringt.
Nach Niedersachsen wird mehr versendet
als von dort empfangen. Das gilt auch für
Hamburg und Berlin (West), das die höchsten
Zuwachsraten an Lieferungen aus Schleswig-
Holstein verzeichnen konnte. Wiederum zeigt
sich - siehe auch das Bild - der kurze
Radius der Binnenschifffahrt des Landes.
Mit Ausnahme von Berlin (West) gibt es
kaum bedeutendere Beziehungen, die über das
Elbegebiet Niedersachsens hinausgehen.

0 - 4245

Die Anteile der Partner Schleswig-Holsteins
in der Binnenschifffahrt



Empfang in der Binnenschifffahrt Schleswig-Holsteins nach wichtigen Güterhauptgruppen
- in 1 000 t -

Güterhauptgruppe	1965			1968		
	Insgesamt	davon entfielen	auf	Insgesamt	davon entfielen	auf
Kraftstoffe, Heizöl	855	792	Hamburg 60 Binnenverkehr	1 046	903	Hamburg 143 Binnenverkehr
Rohes Erdöl	556	516	Hamburg 40 Niedersachsen	716	650	Hamburg 65 Niedersachsen
Sonstige Steine und Erden	183	149	Binnenverkehr	254	185	Binnenverkehr
Getreide	257	202	Hamburg 28 Binnenverkehr	193	158	Hamburg 28 Binnenverkehr
Sand, Kies, Bims, Ton	174	110	Binnenverkehr 38 Ausland	195	118	Binnenverkehr 30 Ausland
Futtermittel	221	218	Hamburg	238	230	Hamburg
Kalk, Zement	78	78	Binnenverkehr	46	46	Binnenverkehr

Auch im Empfangsbereich haben sich keine Strukturverschiebungen ergeben. Abgenommen hat der Binnenverkehr mit Kalk und Zement, ferner der Empfang von Getreide aus Hamburg. Die stärksten Zuwachsraten betrafen die Güterhauptgruppen Kraftstoffe und Heizöl, sonstige Steine sowie rohes Erdöl.

Vergleichsweise rege ist der Binnenverkehr Schleswig-Holsteins. Wichtigste Umschlagsgüter sind hier Kraftstoffe und Heizöl, die auch die Zunahme des Binnenverkehrs im Zeitraum 1965 bis 1968 um 86 000 t verursacht haben, ferner sonstige Steine und Erden. Sand und Kies sowie Kalk und Zement haben ebenfalls größere Bedeutung, wenn auch ihr Umschlag stark rückläufig war.

Die stärksten Einbußen mußten die Zementhäfen Lägerdorf und Itzehoe hinnehmen, analog der Entwicklung der Gütergruppe Kalk und Zement. Der niedrigere Umschlag Elmshorns beruht hauptsächlich auf einem Rückgang der Getreideumschläge, die in erster Linie für die dortigen Mühlenwerke bestimmt sein dürften. Die Entwicklung des Umschlages

in Lübeck wurde oben bereits erklärt. Dieselbe Ursache gilt, mit umgekehrtem Vorzeichen, für Kiel und Rendsburg, wobei allerdings zu bemerken ist, daß der Versand von sonstigen Steinen und Erden fast ausschließlich von Kiel ausgeht. Die starke Zunahme in Brunsbüttel ist Folge der gestiegenen Lösungen von Rohöl sowie Verladungen von Kraftstoffen und Heizöl. Weniger stürmisch war die Entwicklung der Häfen Wedel und Uetersen, die beide vorwiegend örtlichen Bedürfnissen dienen.

Die Güterumschläge aller schleswig-holsteinischen Häfen im Rahmen der Binnenschifffahrt sind von 6,85 Millionen t im Jahre 1965 auf 7,56 Millionen t im Jahre 1968 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 10%. Zieht man von der Größe 7,56 Millionen t die Doppelzählungen ab, die durch den Lokalverkehr und den Binnenverkehr des Landes entstehen, so erhält man die in Schleswig-Holstein in der Binnenschifffahrt beförderte Gütermenge für das Jahr 1968, die 7,03 Millionen t beträgt.

Um eine optimale Ausnutzung der Ladekapazitäten zu erreichen, müßte bei jeder Fahrt eines Schiffes nach dem Löschen gleich eine neue Ladung in ähnlicher Größe aufgenommen werden, damit Leerfahrten vermieden werden. Inwieweit das in den einzelnen Häfen des Landes möglich ist, kann nur andeutungsweise beantwortet werden. Die Gegenüberstellung von Versand und Empfang eines Hafens sagt nämlich noch nicht genug über den Auslastungsgrad der Kapazitäten aus. So kann z. B. ein Schiff, das in eine Richtung Getreide transportiert, auf dem Rückweg kein Heizöl mitnehmen. Darüber hinaus existieren meist zeitliche Friktionen, denn es lohnt sich in der Regel für ein Schiff nicht, in einem Hafen zu warten, bis eine passende Ladung bereit steht.

Güterumschlag (Empfang und Versand) in den wichtigsten Häfen
- in 1 000 t -

Hafen	1965				Veränderung 1968/65 in %
	1965	1966	1967	1968	
Brunsbüttel	1 739	2 064	2 209	2 358	+ 36
Lübeck	1 058	1 095	960	859	- 19
Kiel	379	574	667	842	+ 122
Rendsburg	265	356	345	379	+ 43
Itzehoe	316	245	211	222	- 30
Uetersen	149	152	153	178	+ 19
Lägerdorf	281	200	219	142	- 50
Wedel	154	173	147	137	- 11
Elmshorn	135	129	114	102	- 24

Das Verhältnis von Versand zu Empfang
in den wichtigsten Häfen des Landes

Hafen	Versand : Empfang
Kiel	etwa 1 : 1
Lägerdorf	" 1 : 1
Lübeck	" 2 : 1
Brunsbüttel	" 3 : 2
Sandverladeplätze am Elbe-Lübeck-Kanal	" 150 : 1
Itzehoe	" 1 : 3
Wedel	" 1 : 3
Rendsburg	" 1 : 14
Elmshorn	" 1 : 50
Uetersen	" 1 : 900

Bezogen auf alle Häfen des Landes ist das Verhältnis von Versand zu Empfang (1968) mit 3 : 2 nicht ungünstig. In den wichtigsten Häfen sieht es aber häufig anders aus. Häfen, in denen der Empfang überwiegt, sind Rendsburg, Itzehoe, Wedel, Elmshorn und Uetersen, wobei das Verhältnis in den letzten beiden Fällen besonders krass ist. In Kiel und Lägerdorf ist das Verhältnis etwa ausgeglichen, während in Lübeck und Brunsbüttel der Versand deutlich überwiegt und an den Sandverladeplätzen des Elbe-Lübeck-Kanals das Verhältnis 150 : 1 besteht.

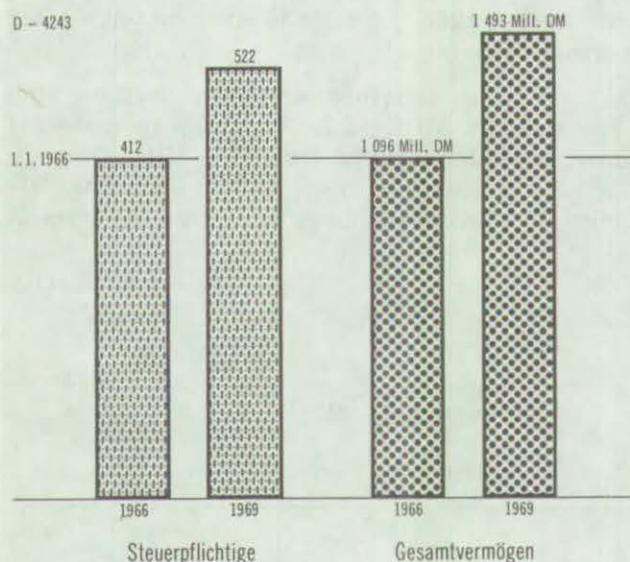
Jörg Rüdell

Kurzberichte

Über 500 Vermögensmillionäre in Schleswig-Holstein

Die Zahl der in Schleswig-Holstein wohnenden Millionäre hat sich in den drei Jahren von 1966 bis 1969 um weitere 110 erhöht. Nach einem ersten vorläufigen Teilergebnis der Vermögensteuerstatistik wurden 522 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen ermittelt, deren Gesamtvermögen zum Zeitpunkt der Hauptfeststellung am 1. 1. 1969 jeweils 1 Million DM oder mehr betrug. Dies entspricht einer Zunahme um gut ein Viertel. Die Zahl der großen Vermögensbesitzer erhöhte sich damit nicht mehr so rasch wie nach 1963, als sie innerhalb von drei Jahren um fast die Hälfte angestiegen war. Inwieweit die Zunahme durch Zuzug von Millionären nach Schleswig-Holstein beeinflusst worden ist, läßt sich aus der Statistik nicht erkennen.

Die Vermögensmillionäre in Schleswig-Holstein



Die Vermögensmillionäre 1966 und 1969 und die Zusammensetzung ihres Rohvermögens

	1. 1. 1966			1. 1. 1969 ¹			Veränderung des Betrages in %
	Fälle Steuer- pflichtige	Betrag Mill. DM	%	Fälle Steuer- pflichtige	Betrag Mill. DM	%	
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	121	37	3,0	142	33	1,9	- 12,9
Grundvermögen	363	48	3,8	463	69	4,1	+ 43,7
Betriebsvermögen ²	317	578	45,7	405	729	42,8	+ 26,2
Sonstiges Vermögen	402	601	47,5	518	872	51,3	+ 45,2
Rohvermögen	412	1 264 ^a	100	522	1 701 ^a	100	+ 34,6
Schulden und sonstige Abzüge	398	168	13,3	505	208	12,2	+ 23,9
Gesamtvermögen	412	1 096	86,7	522	1 493	87,8	+ 36,2

1) vorläufiges Ergebnis

2) Reinvermögen; ohne Fälle mit Minusbeträgen

a) abzüglich Minusbeträge beim Betriebsvermögen, nämlich 1966 = 26 000 DM (3 Fälle)
1969 = 2 066 000 DM (13 Fälle)

Das Rohvermögen nahm von knapp 1,3 auf 1,7 Milliarden DM zu (+ 35%). Da der Anteil der Schulden und sonstigen Abzüge relativ zurückging, erhöhte sich das Gesamtvermögen stärker als das Rohvermögen. Das Gesamtvermögen der 522 Millionäre betrug am 1. 1. 1969 fast 1,5 Milliarden DM. Die Verschuldung der großen Vermögen hat also weiter abgenommen.

Die Zusammensetzung des Rohvermögens aus den vier Vermögensarten läßt die immer größere Bedeutung des "Sonstigen Vermögens" erkennen: über die Hälfte des gesamten Rohvermögens entfiel 1969 auf diese Vermögensart. Auch die Häufigkeit der Steuerfälle unterstreicht das besondere Gewicht, das dieser Vermögensart zukommt. Es gibt kaum große Vermögensbesitzer, die nicht an dieser Vermögensart Anteil haben. Das "Sonstige Vermögen" besteht erfahrungsgemäß hauptsächlich aus Anteilen an Kapitalgesellschaften und festverzinslichen Wertpapieren. Die Zuwachsrate des Betrages war mit 45% seit 1966 die höchste unter allen Vermögensarten.

Das erfaßte Betriebsvermögen belief sich 1969 auf 729 Mill. DM. Es stieg in den drei davorliegenden Jahren um 151 Mill. DM an. Die Zunahme war wesentlich geringer als beim "Sonstigen Vermögen". Das Betriebs-

vermögen ist aber im Gegensatz zu den drei anderen Vermögensarten bereits Reinvermögen, d. h. die auf ihm lastenden Schulden sind vom Rohvermögen bei der Ermittlung des Einheitswertes des gewerblichen Betriebes abgezogen worden.

Grundvermögen sowie land- und forstwirtschaftliches Vermögen gehen in die Hauptfeststellung immer noch nach den Wertverhältnissen von 1935 ein; ihre von der Statistik ausgewiesenen Beträge haben daher mit dem gemeinen Wert kaum noch etwas zu tun. Trotz der überholten Bewertungsmaßstäbe zeigt das Ergebnis, daß unter den großen Vermögensbesitzern das Grundvermögen erheblich zugenommen hat, was besonders an der gestiegenen Häufigkeit der Steuerfälle und der relativen Veränderung des Betrages aus der obigen Tabelle abzulesen ist.

Der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens unter den Vermögensmillionären hat demgegenüber weiter abgenommen. Neben den steuerlichen Ursachen geht die immer geringere Bedeutung dieser Vermögensart auch darauf zurück, daß das land- und forstwirtschaftliche Vermögen im Vergleich zu den anderen Vermögensarten unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur sehr begrenzt vermehrbar ist.

Die Vermögensmillionäre nach Größenklassen am 1. 1. 1969

Vermögensgruppe in Mill. DM	Steuerpflichtige	Rohvermögen	Land- und forstwirtschaftliches und Grundvermögen	Betriebsvermögen	Sonstiges Vermögen	Gesamtvermögen
	Anzahl					
1 - 2	328	526	48	230	249	450
2 - 3	89	245	16	97	133	212
3 - 4	37	153	10	66	78	126
4 - 5	18	100	10	32	58	80
5 - 10	31	236	11	113	113	210
10 und mehr	19	441	8	191	242	415
Insgesamt	522	1 701	102	729	872	1 493

Weiteren Einblick in die Zusammensetzung der großen Vermögen erlaubt die Gliederung nach der Höhe des Gesamtvermögens. Von den 522 erfaßten Vermögensbesitzern fielen fast zwei Drittel (328 Steuerpflichtige) in die Vermögensgruppe von 1 bis 2 Mill. DM. Mit zunehmender Höhe des Gesamtvermögens nimmt dann die Zahl der Steuerpflichtigen rasch ab. Über ein Vermögen von 10 Mill. DM und mehr verfügten am 1. 1. 1969 nur

19 natürliche Personen, die aber 28% des Gesamtvermögens auf sich vereinigten. Unter den Vermögensarten tritt besonders die starke Konzentration des Betriebsvermögens und des "Sonstigen Vermögens" bei den vielfachen Millionären hervor.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Das Vermögen und seine Besteuerung am 1. 1. 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 256 (November)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 4 . April 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 544	2 557	2 558	2 559
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 588	1 485	971	1 066	1 201	1 452
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,5	6,8	4,5	5,4	5,7	6,6
* Lebendgeborene	Anzahl	3 726	3 365	2 981	3 025	2 898	2 718	2 928
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	15,9	13,7	13,9	14,8	12,8	13,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 706	3 467	3 868	2 640	2 678	2 776
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	16,0	17,8	13,5	12,6	12,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	75	79	70	65	65	62
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	26,5	23,1	22,4	23,9	21,2
* Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Anzahl	1 231	659	- 486	- 843	258	40	152
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	3,1	- 2,2	- 3,9	1,3	0,1	0,7
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 106	7 011	7 582	6 242	8 736
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 390	6 287	5 983	5 172	6 434
* Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	1 716	724	1 599	1 070	2 302
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	10 692	9 882	10 261	8 642	10 755
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	25 188	23 180	23 826	20 056	25 925
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	169	152	157	146	173
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	10	11	15	15	8	10	14	13
darunter * Männer	1 000	6	6	6	11	10	4	5	9	7
Offene Stellen	1 000	19	20	16	19	23	20	18	19	23
darunter für Männer	1 000	10	11	10	11	13	13	12	12	14
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 430 ^a	1 430	.	.	.	1 407	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	505 ^a	518 ^a	518	.	.	.	496	.	.
* Schweine	1 000	1 701 ^a	1 680 ^a	1 680	.	.	.	1 774	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	169 ^a	172 ^a	172	.	.	.	183	.	.
darunter * trächtig	1 000	103 ^a	108 ^a	108	.	.	.	112	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	30	32	30	29	45	36	35	28
* Kälber	1 000 St.	3	3	3	3	3	2	3	3	3
* Schweine	1 000 St.	156 ^b	191 ^c	218	204	176	234	226	230	198
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	17	17	14	21	18	20	15
* Schlachtmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	24,0	25,7	24,6	21,6	30,2	27,3	25,9	21,7
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	7,0	7,3	7,1	6,8	10,3	8,3	8,3	6,6
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
* Schweine	1 000 t	12,6	16,7	18,1	17,3	14,6	19,8	18,7	17,4	14,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	240	237	243	245	244	239	245	242
Kälber	kg	61	60	53	61	61	52	60	59	62
Schweine	kg	87	92	90	93	90	93	90	83	81
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ³⁾										
* für Legehennenküken	1 000	523	528	396	442	606	539	166	566	659
* für Masthühnerküken	1 000	403	752	726	844	850	1 012	923	709	486
* Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	733	822	743	679	848	885	813	619
* Milchherzeugung	1 000 t	169	184	165	184	177	124	161	173	168
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	90	91	90	90	91	90	90	91	91
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,7	10,3	11,4	12,2	8,1	10,2	11,4	12,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18 c) Winterhalbjahr 1969/70 = 13

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71				
		Monats-durchschnitt			Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Industrie und Handwerk											
Industrie⁵⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	184	189	188	189	194	192	191	191	
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	141	144	143	144	146	144	143	144	
*Geleistete Arbeiterstunden	MILL.	23	23	24	23	24	25	24	23	23	
*Löhne (brutto)	MILL. DM	98,8	129,2	146,2	136,3	133,2	178,7	181,4	160,8	154,4	
*Gehälter (brutto)	MILL. DM	37,5	56,1	69,8	59,5	59,7	78,3	83,1	72,5	69,1	
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	41	42	36	31	37	34	29	26	
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	19 175	22 511	23 114	23 064	25 762	26 511	28 269	28 417	
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	88	105	101	89	108	107	102	101	
*Stromverbrauch	MILL. kWh	118	146	149	146	144	169	160	156	157	
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	MILL. kWh	36	39	43	42	37	42	38	35	34	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	MILL. DM	746	983	1 130	919	885	1 115	1 194	984	1 077	
darunter *Auslandsumsatz	MILL. DM	92	157	207	121	115	135	142	124	133	
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	157	159	140	154	172	157	165	173	
Steine und Erden		115	129	66	33	46	165	138	68	121	
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	124	109	127	134	133	100	121	104	
Chemische Erzeugnisse		209	442	460	314	432	337	316	627	558	
Papiere und Pappen		110	140	127	141	144	146	126	129	146	
Stahlbauerzeugnisse		120	182	186	171	178	232	193	198	191	
Maschinenbauerzeugnisse		108	135	141	126	128	148	163	140	143	
Wasserfahrzeuge		110	139	144	145	165	165	150	155	153	
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	257	355	239	322	342	303	303	383	
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	141	173	83	93	163	162	109	146	
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	249	239	198	199	224	195	200	205	
Druckereierzeugnisse		115	238	259	205	222	285	262	270	266	
Textilien		110	129	107	117	116	133	103	122	133	
Bekleidung		101	103	95	105	123	113	84	114	112	
Süßwaren		109	98	79	95	92	99	61	88	102	
Milch und Milcherzeugnisse		109	124	114	121	122	97	113	125	116	
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	159	191	190	165	184	193	188	195	
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	116	68	46	49	148	116	83	121	
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾											
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	98	97	.	.	.	96	.	.	
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	138	178	.	.	.	195	.	.	
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	142	188	.	.	.	208	.	.	
Öffentliche Energieversorgung											
*Stromerzeugung (brutto)	MILL. kWh	141	195	226	203	219	299	294	356	310	
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	MILL. kWh	279	397	491	499	448	499	537	554	488	
*Gaserzeugung (brutto)	MILL. cbm	20	16	25	25	22	19	23	27	22	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 200	60 951	60 312	60 195	62 394	61 784	60 962	60 498	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 062	4 594	3 132	3 157	9 012	7 739	5 019	7 325	
darunter für											
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 404	1 777	1 251	1 316	3 793	3 349	2 227	3 181	
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 342	2 017	1 253	1 166	3 944	3 310	1 818	2 735	
*Löhne (brutto)	MILL. DM	50,0	52,2	33,4	22,4	21,9	74,6	69,8	41,9	58,7	
*Gehälter (brutto)	MILL. DM	4,1	5,8	8,5	6,2	6,2	7,4	10,1	7,2	6,9	
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	MILL. DM	147,6	161,3	319,5	101,7	82,0	228,1	372,1	119,1	134,0	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	913	697	507	567	814	468	504	698
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	794	586	444	488	742	417	450	621
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	936	697	527	659	776	441	576	898
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	107 407	83 433	62 325	76 154	106 264	59 800	77 273	123 120
*Wohnfläche	1 000 qm	171	176	134	100	125	151	85	110	179
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	198	137	128	91	154	132	117	114
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	742	396	568	475	507	745	481	350
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	57 594	35 502	44 941	39 800	65 639	73 467	37 917	36 494
*Nutzfläche	1 000 qm	89	132	74	101	90	92	117	87	64
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 464	1 812	1 408	1 684	1 917	1 095	1 562	2 442
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	2 447	2 009	12 826	268	550	1 683	12 074	718	749
Wohnräume ¹¹⁾	Anzahl	10 214	8 555	55 645	1 287	2 425	6 723	51 469	3 100	3 116
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	179,9	235,1	155,9	153,1	165,1	199,4	152,4	172,9
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	21,5	37,1	21,1	19,5	25,5	28,9	19,3	25,5
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	158,4	198,0	134,8	133,7	139,5	170,4	133,1	147,4
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,7	3,2	3,8	4,2	4,1	3,3	3,3	3,8
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	11,0	10,4	14,8	9,7	10,9	14,7	10,4	12,4
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	143,7	184,3	116,2	119,7	124,6	152,5	119,4	131,1
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,6	14,4	11,8	12,6	14,2	15,6	12,6	15,1
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	129,1	169,9	104,4	107,1	110,4	136,9	106,8	116,0
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,7	49,8	46,8	50,4	59,3	65,2	50,8	54,1
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	8,9	11,4	12,7	20,5	17,4	11,3	11,2
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,2	19,0	17,2	17,3	18,5	20,7	15,5	21,0
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	58,9	95,2	35,9	43,8	45,4	53,0	39,0	47,9
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	10,3	8,8	10,3	7,8	10,8	15,4	12,4	14,2
Großbritannien	Mill. DM	5,2	24,2	81,3	6,0	13,9	6,0	7,3	4,3	9,0
Norwegen	Mill. DM	12,7	4,2	4,7	3,9	3,0	3,7	7,3	2,7	3,2
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	8,1	5,9	8,2	9,9	8,9	6,7	6,3
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	30 013	29 369	27 449	29 216	33 044	26 966	30 015	30 876
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 499	37 628	36 121	32 540	42 947	37 393	34 739	34 660
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	180	61	58	63	p 73	p 87	p 61	p 69
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	7	6	6	p 9	p 9	p 6	p 7
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 411	204	197	212	p 241	p 222	p 215	p 233
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	39	15	12	13	p 18	p 18	p 13	p 14
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	246	263	165	148	283	315	207	238
*Güterversand	1 000 t	354	386	282	113	93	404	354	178	348
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	6 718	6 227	4 868	6 578	7 291	7 152	5 865	...
darunter										
Kraftträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	15	7	5	6	7	11	5	...
*Personenkraftwagen ¹²⁾	Anzahl	4 982	5 884	5 394	4 309	5 916	6 473	6 386	5 195	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	443	417	347	369	454	466	398	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 263	1 136	877	1 025	1 476	1 594	1 102	p 1 025
*Getötete Personen	Anzahl	56	65	60	39	46	84	84	68	p 56
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 718	1 508	1 167	1 386	1 936	2 200	1 484	p 1 398

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt			Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	14 825	14 825	14 918	15 035	16 055	16 502	16 602	16 684
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 052	3 052	3 059	3 093	3 325	3 469	3 506	3 522
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 007	3 007	3 024	3 068	3 287	3 426	3 460	3 485
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 065	1 065	1 073	1 087	1 218	1 343	1 331	1 327
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 021	1 021	1 027	1 042	1 161	1 277	1 262	1 260
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	10 708	10 708	10 787	10 855	11 512	11 690	11 765	11 835
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	9 412	9 412	9 483	9 537	9 992	10 152	10 205	10 271
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	10 094	10 094	10 168	10 312	10 831	11 288	11 413	11 511
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	4 798	4 798	4 828	4 915	5 305	5 478	5 566	5 602
*von Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 304	3 304	3 345	3 400	3 728	3 870	3 954	3 958
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 295	5 295	5 340	5 397	5 526	5 810	5 846	5 909
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 376	3 376	3 409	3 448	3 506	3 686	3 697	3 735
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	244	294	381	292	260	353
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	214	297	328	235	238	349
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	17	200	3	0	0,4	281
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	10	11	7	12	12	19	10	17
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	3	-	1	1	3	2	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	459	407	392	345	440	415
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	0,838	0,621	0,878	0,599	0,962	1,170
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	204 500	365 756	182 796	153 898	182 319	403 370	246 294	196 872
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	137 453	303 064	86 861	74 683	106 291	295 024	132 970	109 234
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	72 413	129 737	79 630	71 387	107 427	141 463	121 698	101 298
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	48 793	125 402	374	- 1 289	- 4 478	119 087	8 086	6 240
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 312	2 225	1 767	602	1 081	2 259	1 683	1 566
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	14 935	45 700	5 090	3 983	2 261	32 214	1 504	130
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	67 047	62 692	95 936	79 215	76 028	82 817	103 965	87 638
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	50 013	48 084	77 773	59 501	53 670	60 759	86 215	69 143
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	17 034	14 608	18 163	19 714	22 358	22 059	17 750	18 495
*Bundessteuern	1 000 DM	67 743	77 213	94 667	51 474	85 407	80 572	108 237	58 108	68 324
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 264	2 419	12 829	3 116	9 706	8 899	8 236	7 501
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	66 232	86 165	35 384	77 229	65 917	91 373	46 182	55 519
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 390	3 831	1 492	3 498	2 371	3 583	1 306	2 478
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	23 512	19 644	23 148	28 718	30 900	21 064	23 212	32 242
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	4 198	1 322	2 897	10 812	13 852	2 201	1 644	13 036
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	12 076	11 529	15 147	11 893	12 007	13 074	16 301	13 115
*Biersteuer	1 000 DM	721	932	790	878	600	977	1 007	966	460
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	139 658 ⁺	164 323 ^{e)}	.	.	.	139 519 ^{e)}	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	75 652 ⁺	93 077 ⁺	117 803 ^{e)}	.	.	.	86 531 ^{e)}	.	.
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 182 ⁺	6 881 ^{e)}	.	.	.	6 262 ^{e)}	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	19 714 ⁺	17 373 ^{e)}	.	.	.	21 890 ^{e)}	.	.
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	192 368	263 422	156 459	173 292	179 727	308 246	192 964	176 760

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute.

Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1.10. - 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	112 857	216 635	114 786	103 793	120 256	301 327	167 369	172 333
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	89 345	196 992	37 830	32 434	45 939	219 901	57 400	47 089
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	.	.	.	53 808	42 640	43 416	47 597	82 077	68 228
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 764	4 679	.
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	139 658 ⁺	164 323 ^e	.	.	.	188 250 ^e	.	.
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	80 479 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	108,0	106,8	107,5	108,0	106,6	106,5	107,9	108,2
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	104,8	111,3	113,7	115,0	115,4	118,0	118,3	119,9	120,9
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	101,9	104,9	104,7	105,0	103,4	103,4	104,0	.
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0 ^f	101,5	104,3	105,8	106,3	109,1	109,6	110,9	111,5
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	106,2 ^g	109,1	106,4	106,4	96,6 ^p	96,3 ^p	96,8 ^p	96,4 ^p
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	127,2	.	.	140,8	151,8	.	.	155,8
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)										
Einzelhandelspreise	1962=100	107,7 ^f	105,8 ^g	105,1	105,4	106,9	108,9	109,5	110,5	111,4
Preisindex für die Lebenshaltung 16)	1962=100	104,6	108,7	109,8	111,0	111,3	113,6	114,1	115,3	116,2
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	109,0	114,2	114,7	116,5	116,9	116,9	117,2	118,8	120,2
Kleidung, Schuhe	1962=100	107,1	113,2	114,5	115,7	116,1	120,5	120,7	121,7	122,5
Wohnungsmieten	1962=100	118,5	161,9	164,3	165,2	166,0	171,9	172,2	173,3	174,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	106,1	117,8	122,8	123,2	123,4	127,5	128,1	129,5	130,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	106,2	109,5	110,8	111,6	112,0	116,2	116,6	117,4	118,1
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	259	.	265	.	.	.	322	.
darunter Facharbeiter	DM	224	274	.	285	.	.	.	344	.
*weibliche Arbeiter	DM	125	157	.	165	.	.	.	185	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	5,71	.	5,92	.	.	.	7,15	.
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,06	.	6,29	.	.	.	7,60	.
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	3,83	.	4,06	.	.	.	4,59	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,2	.	44,9	.	.	.	45,0	.
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	.	40,8	.	.	.	40,4	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,2	.	40,6	.	.	.	40,9	.
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,7	.	36,9	.	.	.	35,8	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 317	.	1 403	.	.	.	1 550	.
*weiblich	DM	666	852	.	899	.	.	.	1 016	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 409	.	1 494	.	.	.	1 699	.
*weiblich	DM	687	876	.	918	.	.	.	1 042	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 157	.	1 184	.	.	.	1 333	.
*weiblich	DM	557	719	.	749	.	.	.	841	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 261	.	1 398	.	.	.	1 614	.
weiblich	DM	.	(852)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 208	.	1 257	.	.	.	1 404	.
*weiblich	DM	588	758	.	795	.	.	.	893	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 398	.	1 490	.	.	.	1 694	.
*weiblich	DM	687	875	.	918	.	.	.	1 039	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

e) 1. 10. - 31. 12.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	Auslands-gäste
	MILL. DM								in 1 000			
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	23	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁴⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000												
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5	
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1	
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5	
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7	
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	...	11,6	

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁵⁾		Neuverschuldung ⁶⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden				des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatz-steuer	Ver-brauch-steuern	insgesamt	aus Steuern vom Ein-kommen	insgesamt	Gewerbe-steuer	insgesamt	Lohn-steuer		insgesamt	Kredit-markt-mittel
	MILL. DM											
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971
1967	1 962	686	706	1 059	814	452	321	1 292	616	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	586	749	1 161	908	479	340	1 442	701	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	805	795	1 354	1 072	559	409	1 649	869	2 431	1 580	1 100

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁷⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angest. in Industrie ⁹⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst		
	indu-strieller Produkte	landwirt-schaftlicher Produkte ⁸⁾		ins-gesamt	Nah-rungs-und Genuß-mittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
	1962=100	1961/63 =100	Männer			Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspek-tor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
	DM											
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	...	127,2	119,3	114,2	259	157	1 317	852	1 409	1 449	1 021

1) nur Errichtung neuer Gebäude 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) ohne Postspareinlagen 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 6) ohne Kassenkredite
 7) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			Umsatz ³⁾ im Januar 1971 in Mill. DM
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 31. 1. 1971	Beschäftigte am 31. Januar 1971		
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLENSBURG	96 754	- 0,0	69	8 402	87	41
KIEL	276 038	- 0,0	148	32 047	116	92
LÜBECK	242 636	- 0,0	144	32 602	134	138
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	63	11 131	131	32
Dithmarschen	135 448	- 0,1	59	6 096	45	76
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	33	938	12	6
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	97	9 204	63	35
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	47	2 793	17	25
Ostholstein	187 798	+ 0,4	75	5 753	30	31
Pinneberg	248 355	+ 0,3	224	24 734	99	139
Plön	108 774	- 0,0	51	2 875	26	22
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	126	11 697	51	38
Schleswig	101 469	+ 0,1	36	3 350	33	41
Segeberg	169 837	+ 0,4	168	13 304	77	80
Steinburg	135 931	- 0,1	90	11 011	81	56
Stormarn	163 727	+ 0,1	109	14 785	90	132
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 539	190 722	74	984

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1971		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	31	3	33	23 409	21 146	...
KIEL	85	1	110	68 020	61 394	...
LÜBECK	94	1	121	56 945	50 603	...
NEUMÜNSTER	34	1	45	21 833	19 327	...
Dithmarschen	42	4	55	40 739	30 926	...
Flensburg-Land	30	1	39	25 618	19 351	...
Hzgt. Lauenburg	68	4	85	41 044	33 588	...
Nordfriesland	59	4	78	49 923	38 551	...
Ostholstein	57	5	76	50 983	41 055	...
Pinneberg	120	6	161	67 675	58 397	...
Plön	53	2	80	34 447	27 324	...
Rendsburg-Eckernförde	95	5	146	66 249	52 177	...
Schleswig	29	2	46	30 870	23 625	...
Segeberg	83	8	114	56 779	46 243	...
Steinburg	59	4	81	38 496	30 362	...
Stormarn	86	5	128	47 834	40 745	...
Schleswig-Holstein	1 025	56	1 398	720 864	594 814	...

1) Neuere Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 31. 1. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 1. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Januar 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 12. 1970	Rindvieh am 3. Dez. 1970	
		VZ 1961	30. 6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	19	26	173	90,9	11,4	1 774	1 407	496
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	24	56	2	92,0	11,7	18	18	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	60	118	341	88,3	10,9	6 049	2 778	1 025
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	14	2	78,6	11,4	10	18	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	188	568	235	90,0	10,4	4 281	1 901	735
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	66	228	109	80,8	9,9	1 526	924	354
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	25	61	76	79,3	9,3	827	726	268
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	107	488	200	74,5	8,7	2 233	1 855	747
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	94	313	526	81,0	8,8	4 161	4 323	1 929
Saarland	1 127	+ 5	-	5	23	8	79,5	9,6	82	74	29
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	21	67	0	24,1	14,5	8	2	1
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	621	1 964	1 674	83,9	9,7	20 969	14 026	5 593

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1970			
	Beschäftigte am 31. Oktober 1970		Umsatz ²⁾ im Oktober 1970		Produk- tions- index ³⁾ 1962=100 im Oktober 1970	Beschäftigte am 30. Nov. 1970		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
	in 1 000		in %		in 1 000		in 1 000		in 1 000		
Schleswig-Holstein	194	75	1 184	12	170	62	24	1 917	7,5	1 683	6,6
Hamburg	210	116	1 730	15	129	47	26	1 282	7,1	868	4,8
Niedersachsen	810	114	4 778	22	153	180	25	6 694	9,4	5 092	7,2
Bremen	102	135	779	13	184	22	30	373	4,9	666	8,8
Nordrhein-Westfalen	2 718	158	16 094	19	147	394	23	13 148	7,7	9 475	5,5
Hessen	762	140	3 936	21	171	141	26	5 478	10,1	1 582	2,9
Rheinland-Pfalz	412	112	2 599	20	219	91	25	2 827	7,7	2 079	5,7
Baden-Württemberg	1 626	181	8 410	19	173	236	26	8 975	10,1	7 197	8,1
Bayern	1 415	133	6 929	16	170	305	29	8 554	8,1	9 465	9,0
Saarland	173	154	788	32	148	23	20	338	3,0	402	3,6
Berlin (West)	264	124	1 383	10	150	49	23	894	4,2	3 455	16,2
Bundesgebiet	8 686	141	48 610	19	162	1 550	25	50 480	8,2	41 964	6,9

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1970			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Dezember 1970				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 11. 1970 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 4. Vierteljahr 1970		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde- steuern in DM je Einwohner
		Anzahl	je 1 000 Ein- wohner								
		in 1 000									
Schleswig-Holstein	698	573	...	1 594	84	2 200	143	2 153	208	268	...
Hamburg	479	433	...	1 134	42	1 512	137	4 059	303	1 882	...
Niedersachsen	1 967	1 600	...	4 300	310	5 885	144	2 669	208	235	...
Bremen	187	167	...	412	10	490	121	3 013	240	972	...
Nordrhein-Westfalen	4 304	3 762	...	9 185	416	12 294	138	3 066	254	372	...
Hessen	1 584	1 336	...	2 842	150	4 004	146	3 331	238	374	...
Rheinland-Pfalz	1 035	826	...	1 804	88	2 594	149	2 711	205	282	...
Baden-Württemberg	2 587	2 130	...	4 253	246	6 229	152	3 215	252	385	...
Bayern	3 135	2 426	...	4 932	346	7 053	150	3 181	227	299	...
Saarland	270	233	...	553	30	778	146	2 498	204	254	...
Berlin (West)	474	428	...	1 299	47	1 578	125	2 427	194	624	...
Bundesgebiet	16 783 ^{a)}	13 941 ^{a)}	...	32 308	1 769	44 617	144	3 022	236	396	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

8) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 62 089 Kfz und 27 236 Pkw

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

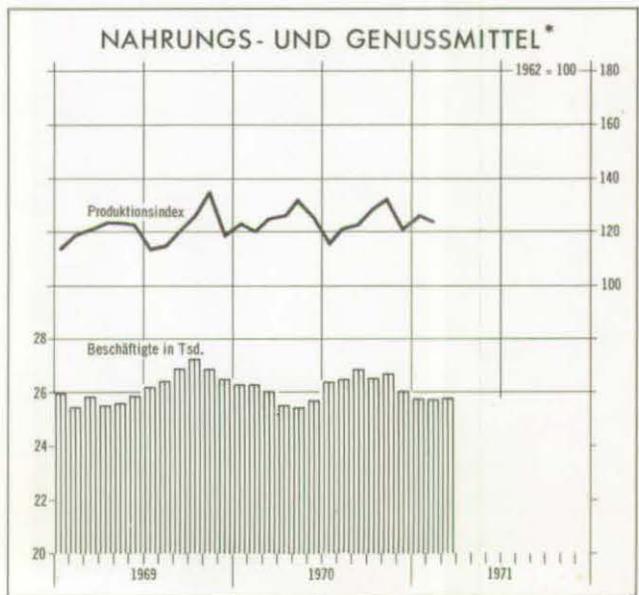
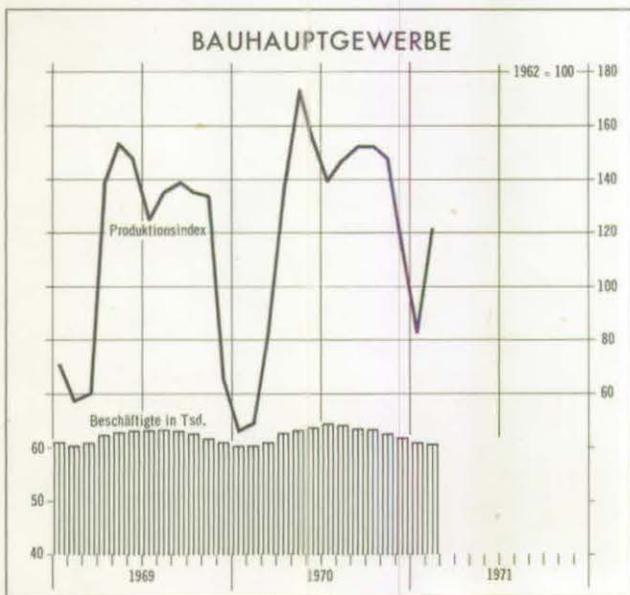
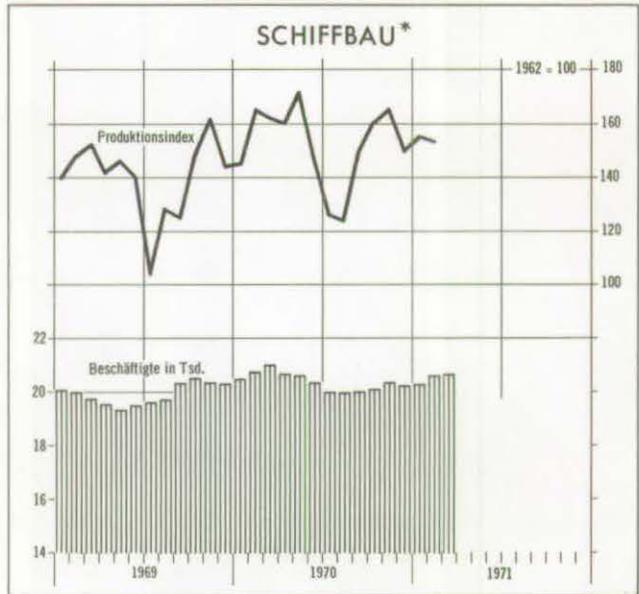
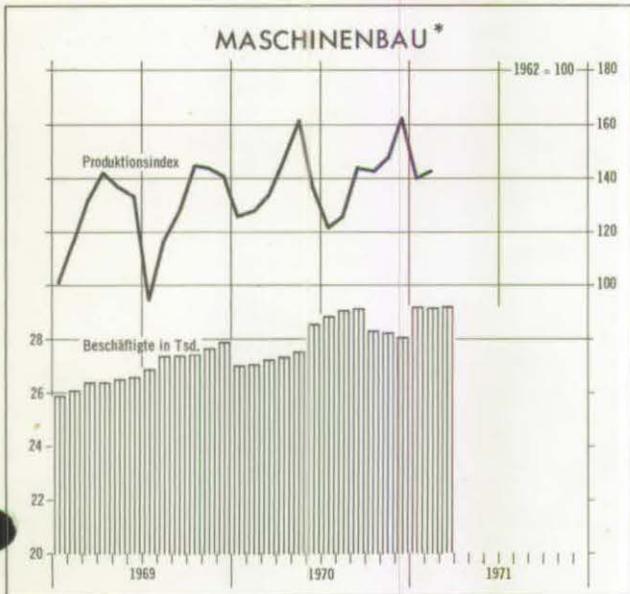
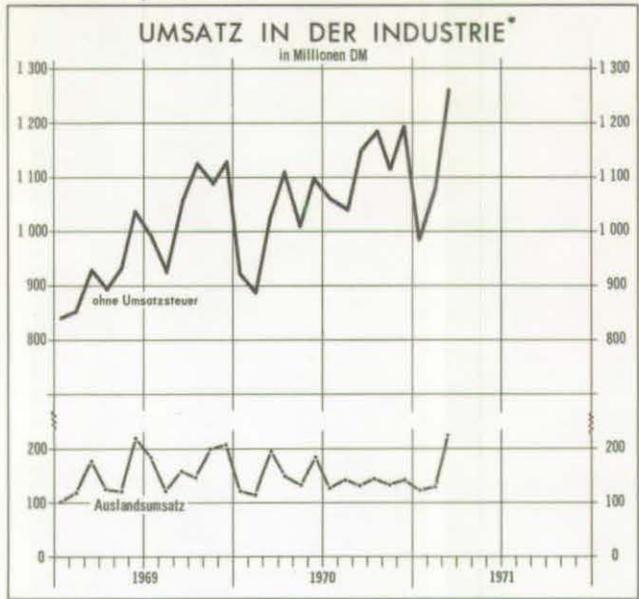
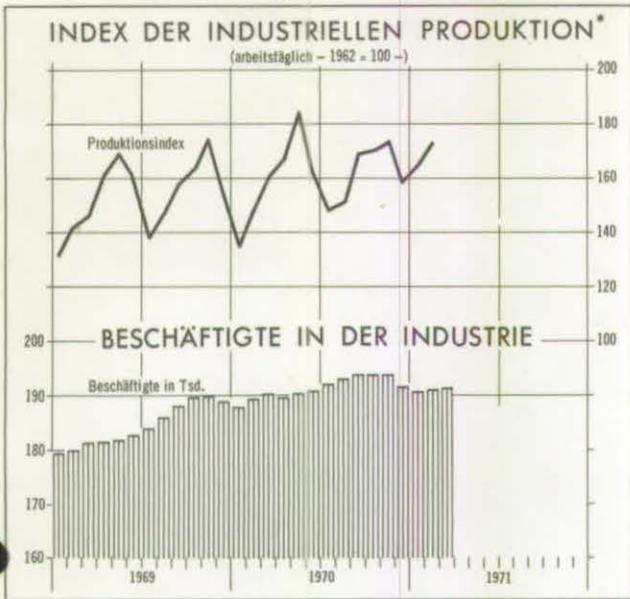
	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer 1970	1/15
Urlaub in Schleswig-Holstein	3/51
Gesundheitswesen	
Unfälle mit Todesfolge	3/53
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätige 1970	1/10
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebsgrößen Landwirtschaft	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970	2/28
Handelsdünger	3/56
Industrie und Handwerk	
Industrie 1970	2/43
Investitionen Handwerk 1967	3/60
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohngeld 1969 und 1970	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen	2/33
Öffentliche Finanzen	
Gemeindefinanzreform 1970	3/64
Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)	1/2
Versorgungsempfänger	2/46
Preise	
Baulandumsatz 1962—1969	1/17

THE HISTORY OF THE
CITY OF BOSTON

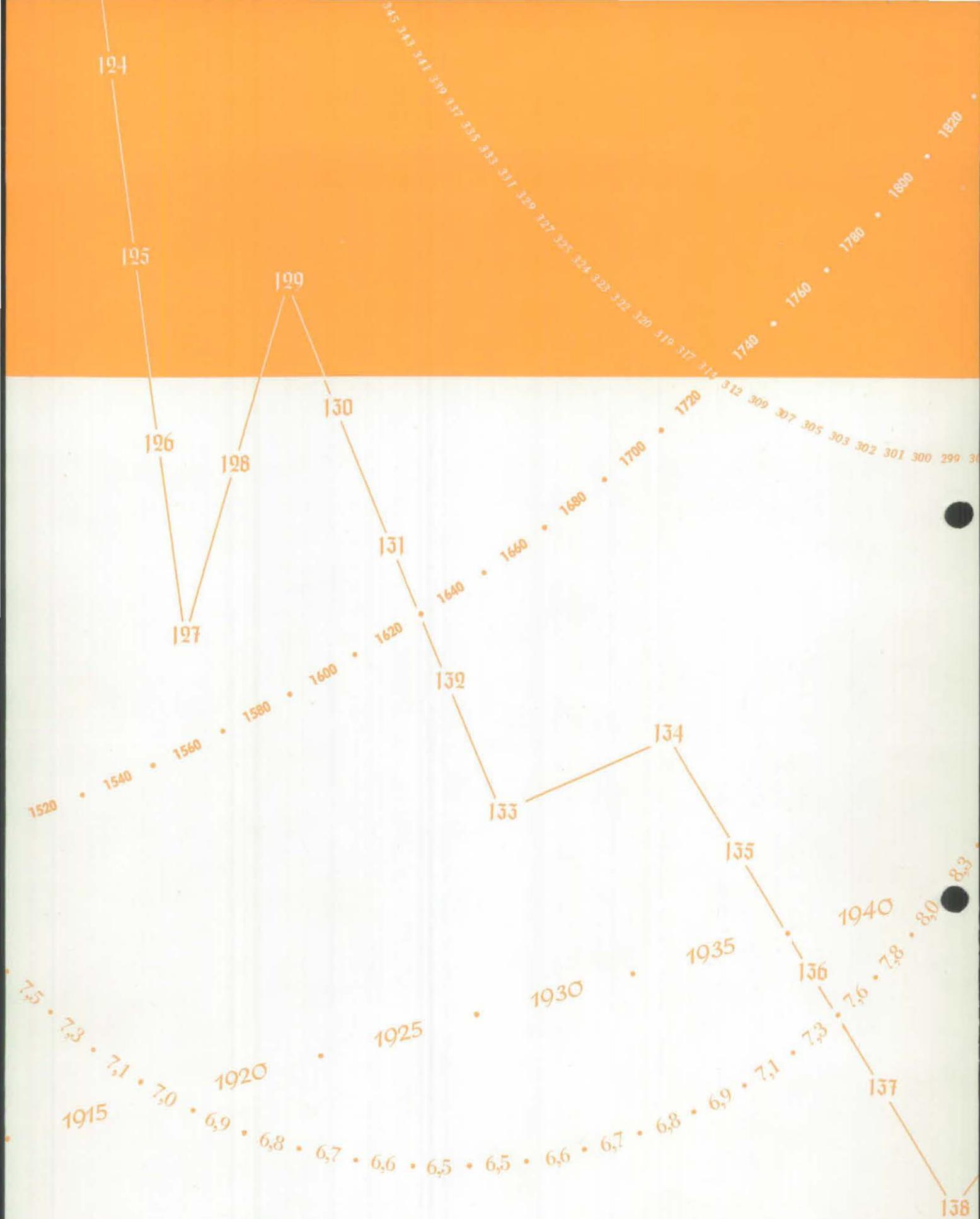
1	1630	The first settlement
2	1630-1634	The first years
3	1634-1639	The growth of the town
4	1639-1643	The founding of the city
5	1643-1649	The city under the first charter
6	1649-1656	The city under the second charter
7	1656-1689	The city under the third charter
8	1689-1700	The city under the fourth charter
9	1700-1730	The city under the fifth charter
10	1730-1760	The city under the sixth charter
11	1760-1776	The city under the seventh charter
12	1776-1780	The city under the eighth charter
13	1780-1790	The city under the ninth charter
14	1790-1800	The city under the tenth charter
15	1800-1810	The city under the eleventh charter
16	1810-1820	The city under the twelfth charter
17	1820-1830	The city under the thirteenth charter
18	1830-1840	The city under the fourteenth charter
19	1840-1850	The city under the fifteenth charter
20	1850-1860	The city under the sixteenth charter
21	1860-1870	The city under the seventeenth charter
22	1870-1880	The city under the eighteenth charter
23	1880-1890	The city under the nineteenth charter
24	1890-1900	The city under the twentieth charter
25	1900-1910	The city under the twenty-first charter
26	1910-1920	The city under the twenty-second charter
27	1920-1930	The city under the twenty-third charter
28	1930-1940	The city under the twenty-fourth charter
29	1940-1950	The city under the twenty-fifth charter
30	1950-1960	The city under the twenty-sixth charter
31	1960-1970	The city under the twenty-seventh charter
32	1970-1980	The city under the twenty-eighth charter
33	1980-1990	The city under the twenty-ninth charter
34	1990-2000	The city under the thirtieth charter
35	2000-2010	The city under the thirty-first charter
36	2010-2020	The city under the thirty-second charter
37	2020-2030	The city under the thirty-third charter
38	2030-2040	The city under the thirty-fourth charter
39	2040-2050	The city under the thirty-fifth charter
40	2050-2060	The city under the thirty-sixth charter
41	2060-2070	The city under the thirty-seventh charter
42	2070-2080	The city under the thirty-eighth charter
43	2080-2090	The city under the thirty-ninth charter
44	2090-2100	The city under the fortieth charter

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM. Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen